

Abonnement 50 Pf., monatlich 5,00 Pf.  
im voraus zahlbar. Postbezug 4,50 Pf.  
entsprechend 50 Pf. Postgebühren und  
72 Pf. Postbefreiungsberechnung. Ausland-  
abonnements 6.— Pf. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Feiertags  
einmal die Abendausgaben für Berlin  
und an Hand mit dem Titel „Der  
Abend“ illustrierte Beilagen „Toll  
und Zeit“ und „Kinderfreund“ ferner  
„Frauenstimme“, „Lohn“, „Bild in  
die Wälder“, „Augen-Verdammnis“  
und „Stabbeilage“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonntabend  
15. November 1930  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbildung  
des „Vorwärts“...  
Die einseitige Kampfbildung  
des „Vorwärts“...  
Die einseitige Kampfbildung  
des „Vorwärts“...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr. Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polischkoffonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Wallstr. 65 D. S. u. Dis.-Gef., Depositenkassa, Jerusalemstr. 65, 66.

# Aufruf zur Preissenkung.

## Eine Rundgebung des Kabinettsausschusses.

Amlich wird mitgeteilt: Die von dem Kabinettsauschuss  
für Arbeits- und Preisfragen am Donnerstag in Aus-  
sicht gestellte Verkaufsbearbeitung hat folgenden Wortlaut:

Wie die Reichsregierung in ihrem Wirtschafts- und Finanz-  
programm betont hat, ist die Herabsetzung der Preise auf  
der ganzen Linie eine Notwendigkeit. Durch Verbilligung  
von Erzeugung und Verbrauch muß die Wirtschaft neu belebt  
werden. Verbilligung des Verbrauchs, Senkung der Lebens-  
haltungskosten sind insbesondere auch geboten, um die Wirkungen  
abzuschwächen, die sich aus der Kürzung der Beamtenbezüge und  
aus Lohnsenkungen ergeben. Ihr Ziel ist ebenfalls, die Kosten zu  
ermäßigen, die auf der Erzeugung ruhen.

Niemand darf und wird sich auf die Dauer dieser zwangs-  
läufigen Entwicklung verlassen können. Sache der Regierung ist  
es, sie mit allen Kräften zu fördern, damit die Schäden und Nach-  
teile der Ubergangszeit zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage,  
von Preisen und Kaufkraft abgefedert und das Wohlwollen der  
Arbeitslosen so rasch wie möglich der schaffenden Tätigkeit wieder  
zugeführt wird.

Die ungezählten und vielgestaltigen wirtschaftlichen Vorgänge  
des täglichen Lebens können nun aber nicht durch staatlichen  
Zwang in diesem Sinne einheitlich und plötzlich gestaltet werden.  
Zwang ist geboten, wenn der wirtschaftlichen Entwicklung wider-  
ständige Erkenntnis Hindernisse beseitigt werden, die anders nicht zu  
beseitigen sind. In diesem Sinne fördernd diese Verbilligungs-  
tendenzen zu stärken, ist die Aufgabe des Kabinettsausschusses für  
Arbeits- und Preisfragen.

Fast noch wichtiger aber als Zwang ist neben den Verhand-  
lungen des Staates zu gütlicher Lösung der Fragen der Druck der  
Verbraucher und der öffentlichen Meinung auf Widerstrebende.

Wenn durch die Hand der Hausfrau jährlich etwa  
25 Milliarden deutschen Volkseinkommens gehen, so  
ist es vornehmlich auch sie, die auf die Preissenkung  
stärksten Einfluß nehmen kann. Sie kann die Ver-  
käufer und die Waren bevorzugen, durch die sie  
billiger und besser bedient wird als durch andere.

Die öffentliche Meinung braucht es nicht zu duden,  
daß durch Zurückhaltung im Preisabbau Einzelne unbedingte  
Vorteile haben, wenn andere in richtiger Erkenntnis der Lage  
Opfer bringen. Sie kann und muß auch hier der Gerechtigkeit  
zum Siege verhelfen. Der Presse jeder Richtung und Größe, be-  
sonders auch den Zeitungen auf dem Lande, sind hier wichtige  
volkswirtschaftliche Aufgaben erwachsen, die verdienstvoll gelöst  
werden können.

Gerechtigkeit kann insbesondere der Landwirt fordern, dessen  
Preise weit unter dem Stand anderer Waren hinabgeglitten  
sind. Wird dieser Bewegung Einhalt geboten, wird versucht, in an-  
gemessenen Grenzen die Preise der Agrarerzeugnisse und der  
anderen Waren einander anzunähern, dann braucht daraus für die  
Lebenshaltungskosten der breiten Massen keinerlei Nachteil zu ent-  
stehen.

Tenn die rückläufige Bewegung der Preise, die der  
letzte Verbraucher zu zahlen hat, muß dadurch auch  
weiter möglich sein, daß sich der Unterschied der Preis-  
spannen in gerechter Weise auf die Zwischenglieder  
verteilt.

Die folgende knappe Zusammenstellung soll eine gewisse Ueber-  
sicht darüber geben, welche Fortschritte die Abwärtsbewegung der  
Preise in letzter Zeit auf einzelnen Wirtschaftsebenen, meist infolge  
der staatlichen Maßnahmen, gemacht hat.

Bemerkenswert sind die Lebenshaltungskosten für den Verbraucher  
unmittelbar von sunnfälligster Bedeutung. Trotzdem ist aber auch für  
ihn gleich wichtig, wenn

#### die Urstoffe der Wirtschaft

verbilligt werden. Daher steht die inzwischen erreichte Herab-  
setzung der Kohlenpreise um 6 Proz. im Vordergrund.  
Sie wird sich für den Verbraucher in allen Richtungen auswirken.  
Ferner sind die Holzpreise um 17 bis 20 Proz., die Preise für  
Walzwerkprodukte um 3 Proz. ermäßigt worden.  
Von den Baustoffen sind im Durchschnitt Zement um 10 Proz.,  
Ziegel um 10 bis 15 Proz., Fensterglas um 22 Proz. und  
Platten um 35 bis 40 Proz. im Preise gesunken. Der An-  
der der gesamten Baustoffen ist seit Januar dieses Jahres um 11 Proz.  
zurückgegangen.

Wenn so die Preise in den Grundlagen der Wirtschaft weichen,  
dann muß davon der ganze Verkaufsbau beeinflusst werden, der  
daraus ruht. Ähnliches gilt von den Kosten der Nahrungsmittel,

die für den realen Wert des Lohnes von entscheidender Bedeutung  
sind. Von den Nahrungsmitteln ist der Brotpreis von 50 Pf.  
auf 46 Pf. für das Normalbrot herabgesetzt worden unter gleich-  
zeitiger Erhöhung des Gewichtes von 1225 auf 1250 Gramm. Das  
bedeutet eine Ermäßigung um 10 Proz. Ferner soll in Zukunft das  
Brot einheitlich nach Gewicht verkauft werden. Damit wird einem  
lange gehegten Wunsche der Bevölkerung Rechnung getragen. Das  
Pfund Schweinefleisch ist um 5 Pf. billiger geworden. Der  
Preis für Kartoffeln hat sich auf 23 bis 30 Pf. für je 10 Pfund  
gegenüber einem Preise von 40 bis 45 Pf. im Oktober d. J.  
Der Literpreis der Milch ist für Berlin um 1 Pf. auf 29 Pf.  
gesenkt worden; im Oktober 1929 betrug er noch 32 Pf. Dabei ist  
zu berücksichtigen, daß durch Einführung der Qualitätsbeziehung  
für Milch dem Handel Mehraufwendungen entstanden sind, auf deren  
Eintreibung in den Milchpreis er bei den Verhandlungen verzichtet  
hat. Bei Gemüse und Obst haben die Verkäufer eine Preis-  
senkung grundsätzlich zugesagt. Die Einzelheiten werden noch im  
Benehmen mit der Marktordnungsstelle geregelt.

#### Zunächst gelten diese Vereinbarungen nur für Berlin.

Das Preussische Handelsministerium hat bei ihrem Zustandekommen  
mitgemeint. Es wird dafür sorgen, daß auch die zuständigen Be-  
hörden im Lande in gleicher Weise eingreifen. Mit den Regierungen  
der anderen Länder wird die Reichsregierung selbstverständlich eben-  
falls in diesem Sinne zusammenarbeiten.

Bedeutend ist in diesem Rahmen, daß der Deutsche Städte-  
tag in Unterstützung der amtlichen Aktion inzwischen sämtliche  
Stadtverwaltungen zu tatkräftiger Mitarbeit an dieser wichtigen  
volkswirtschaftlichen Aufgabe aufgerufen hat. Es ist nicht zu  
zweifeln, daß im Zusammenwirken aller Behörden die Bewegung  
eine starke Stütze findet, die auf die allgemeine Preissenkung ge-  
richtet ist.

Als weitere Beispiele für die Abwärtsbewegung der Preise seien  
erwähnt die

#### Preisrückgänge der einzelnen Markenartikel

auf dem Nahrungsmittelgebiete, wie Kakostaffee, Honig,  
Kaffeebohnen um 5 bis 12,7 Proz. Auch einige andere Marken-  
artikel sind dieser Bewegung bereits gefolgt, dies im Ausmaße von  
5 bis 20 Proz.

Auf dem Gebiete der Eisenverarbeitung beträgt die  
Preisermäßigung bei einer Anzahl von Waren 34 bis 10 Proz.,  
bei Messing- und Kupferfabrikaten 25 bis 40 Proz.,  
bei Aluminium 10 Proz. und bei den Erzeugnissen daraus  
8 Proz. Gummireifen weisen eine Preisermäßigung von  
10 Proz., Sinoletum im Durchschnitt von 5,3 Proz., einzelne  
Sorten von Zündhölzern von 8 bis 20 Proz., Papier von  
8 bis 10 Proz. auf. Orthopädische Hilfsmittel haben einen Preis-  
abschlag von 8 Proz., orthopädisches Schuhwerk einen solchen von  
10 Proz. erfahren.

In manchen dieser und anderer Fälle werden sich die Absätze  
von Preisen im Einzelhandel nur in Pfennigbeträgen auswirken.  
Wer sich der Inflationsliste nach nicht entziehen kann auf 5- oder  
10-Pfennig-Beträge abzurunden der wird genug Gelegenheit haben,  
den Erfolg der Preisentfaltungen zu verfeinern. Tatsächlich ist aber  
die Zeit dazu zu erst. Auch der Bruchteil eines  
Pfennigs gewinnt in der Volkswirtschaft mehr  
Bedeutung denn je. Daher muß der Pfennig als Rechnung-  
seinheit anerkannt und gewertet werden. Die erforderlichen Maß-  
nahmen sind in Vorbereitung, die es ermöglichen sollen, dem auch im  
Zahlungsvorgang Rechnung zu tragen.

So wird der Kabinettsauschuss für Arbeits- und Preisfragen  
mit allem Nachdruck an die weitere Entlastung der Wirtschaft durch  
Preiserhöhungen herangehen.

Die Zusammenstellung über die Abwärtsbewegung der  
Preise fordert zu kritischen Feststellungen heraus.

1. Die bisherige Senkung der Nahrungsmittelpreise ist  
für den Haushalt der Arbeiterfamilie fast ohne Bedeutung.  
Nur ein lächerlich geringer Bruchteil der allent-  
halten tatsächlich eingetretenen Lohnsenkung ist dadurch aus-  
geglichen.

2. Die Senkung der Preise von Urstoffen der Wirtschaft  
und von Fertigwaren bedeutet eine Senkung der sogenannten  
Selbstkosten der Wirtschaft.

3. Obwohl diese Selbstkosten gesunken sind, wird unter  
dem Gesichtspunkt die Selbstkosten der Lohnabbau  
weiter getrieben!

4. Die tatsächliche Senkung der Selbstkosten steht in  
keinerlei Verhältnis zur Senkung des Realeinkommens der  
Arbeiterfamilie.

5. Wenn das Verhältnis sich nicht radikal verkehrt, wird  
die Arbeiterfamilie in ihrer Lebenshaltung die Zehne der  
Preissenkungsaktion bezahlen.

# Polnische Marschall-Wahlen.

Ein Vorpruch zum 16. November.

Von einem polnischen Sozialisten.

Einer der Vertrauten des Marschalls Pilsudski, der ge-  
meine Ministerpräsident Switalski, hat in seinen Ver-  
sammlungsreden angekündigt, daß es diesmal in Polen  
„rumänische Wahlen“ geben wird. Die Wirklichkeit  
hat diese Ankündigung weit in den Schatten gestellt.  
Pilsudski hat Bratiano überflügelt. Eine solche Wahl-  
fälschung aus Prinzip, wie sie diesmal in Polen geübt wor-  
den ist, ist wohl überhaupt noch nicht in der Weltgeschichte  
dagewesen. Die berühmten Baden-Wahlen waren dagegen,  
so sagt man in Galizien, ein Kinderpiel. Und in dem vor-  
maligen russischen Polen staunt man nachträglich, wieviel  
Liberalismus im Reiche des Zaren eigentlich doch immer noch  
vorhanden gewesen ist.

In einer öffentlichen Versammlung konnte der Minister  
des Innern Sladkowski erklären, er habe seine Beamten  
aufgefordert, dafür zu sorgen, daß überall unbedingt die Kan-  
didaten Pilsudskis gewählt werden. Diese merkwürdige  
Wählerversammlung nahm die Ausführungen des Ministers,  
die in jedem Wort einen Hohn auf Recht und Gesetz bedeu-  
ten, ohne Protest, ja sogar mit Beifall auf.

Man hat die Stimmungsmache für Pilsudski und seine  
unbestimmten Ziele damit begonnen, daß man 80 bisherige  
Abgeordnete in den Kerker warf und sie dort unter  
Bedingungen schmachten läßt, die an die Methoden der  
mittelalterlichen Inquisition erinnern. Man hat Stimmung  
gemacht, indem man diesen Abgeordneten 4000 Vertrauens-  
männer der oppositionellen Parteien, darunter 1000 Sozial-  
listen, Versammlungsredner und Organisationsleiter, in den  
Kerker nachschickte.

Man hat Stimmung gemacht, indem man die oppo-  
sitionellen Zeitungen täglich mehrmals konfiszierte und schließlich,  
da damit der erwünschte Erfolg nicht  
erzielt wurde, ihre Druckereien unter nichtigen Vor-  
wänden schloß.

Säle der oppositionellen Organisationen wurden unter  
baupolizeilichen Vorwänden geschlossen, den Wirten, die  
geneigt schienen, ihre Lokale für höheren Orts nicht beliebte  
Wählerversammlungen herzugeben, wurde mit Entziehung  
der Konzession gedroht.

In einem Viertel aller Wahlbezirke wurden die oppo-  
sitionellen Kandidatenlisten einfach für ungültig  
erklärt. Natürlich suchte man sich für diese Aktion gerade die  
jenigen Wahlbezirke aus, in denen die Opposition bei den  
letzten Wahlen die größte Stimmenzahl erhalten hatte.

Das Verhängnisvollste aber von allem ist das Ver-  
sagen der Justiz. Die Schöpfer der polnischen Ver-  
fassung haben in den Richterstand ein Vertrauen gesetzt,  
dessen er sich nicht würdig erwiesen hat. Die Richter versagen  
jezt vollständig, wo sie über die Gewalttate der Verwaltung  
zu entscheiden haben. Sie versagen als Vorsitzende der  
Wahlkommissionen, indem sie Ungefährlichkeiten nicht nur  
duden, sondern sogar selber Instruktionen herausgeben, die  
dem Gesetz ins Gesicht schlagen. So hat der Vorsitzende der  
Reichswahlkommission Gignzki, einer der obersten Richter  
in Polen, erklärt, daß es mit der verfassungsmäßig garan-  
tierten geheimen Wahl vereinbar sei, wenn die Wähler  
freiwillig ihren Stimmzettel offen ab-  
geben oder gar mündlich erklären, für wen sie stimmen.  
Da die Wahlkommissionen mit Verwaltungsbeamten besetzt  
sind und die Pilsudski-Partei ihre Wähler zur offenen Stim-  
mabgabe aufgefordert hat, kann man sich ungefahr vorstellen,  
was denjenigen droht, die es noch wagen, von ihrem ver-  
fassungsmäßigen Recht auf geheime Stimmabgabe Gebrauch  
zu machen.

Die Verteidiger der Gefangenen von Brest-Litowsk  
haben gegen die Richter, die ihre durchschlagend nach dem Ge-  
setz begründeten Berufungen zurückgewiesen hatten, Straf-  
anzeige wegen Mißbrauch der Amtsgewalt er-  
stattet. Ueber diese Anzeige hat nun ein Senat zu ent-  
scheiden, dessen Zusammensetzung streng geheimgehalten  
wird!

In einem seiner vielen übertriebenen Interviews hat  
der Marschall Pilsudski den Gerichten für ihr promptes  
Funktionieren seinen öffentlichen Dank ausgesprochen.

Im Sommer dieses Jahres trat ein Mitglied des  
Obersten Gerichtshofes, das im Begriff war, in Pension zu  
gehen, an einen sozialistischen Abgeordneten heran und bat  
ihn, eine Erklärung abgeben zu dürfen, die die Quintessenz  
seiner Erfahrungen als Mitglied des Obersten Gerichtshofes

darstelle. Diese Erklärung lautet kurz und bündig: „Es gibt keine Richter in Polen!“

Dieser Satz schien damals — es war noch vor der Auflösung des Sejms — selbst Besessenen übertrieben. Seitdem aber haben Herr Wyzcki und seine würdigen Kollegen den vollen Wahrheitsbeweis für ihn erbracht. Was alles geschieht, um den Buchstaben des Gesetzes parteipolitisch zu mißbrauchen, und Recht in Unrecht zu verwandeln, das bildet heute schon eine Wissenschaft für sich. Kann man sich vorstellen, daß Gesetze, die zur Pflege der Gesundheit erlassen sind, heute dazu mißbraucht werden, um mit unausdenklichen Schikanen gegen unbotmäßige Gemeinden vorzugehen? Daß Umsatzsteuern, Einkommensteuern willkürlich bemessen werden in der offenen Absicht, mißliebige gewordene Staatsbürger dadurch wirtschaftlich zugrunde zu richten?

Hat Pilsudski recht, wenn er die Polen ein Volk von Wintern nennt? Ich glaube nicht. Aber, daß er aus den Polen ein Volk von Charakterlosen macht, ist zu befürchten.

Auswärtige Journalisten bedrängen uns Sozialisten mit der Frage, was wir als Ergebnis dieser Terrorwahlen erwarten. Persönlich kann ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich die ungeheure Mehrheit des Volkes, die gegen Pilsudski ist, durchsetzen wird, trotz aller Gewalt, trotz aller Ungeheuerlichkeit, trotz ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit, trotz der ganzen Hölle, die um sie entfesselt ist.

Aber leider muß zugegeben werden: gelänge das, so wäre es beinahe schon ein Wunder.

## Papier statt Fleisch!

### Hakenkreuzdemagogie in der Gefrierfleischfrage.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt mußte entgegen der gestrigen Absicht in der Freitagsitzung nicht sofort zur Abstimmung über die Anträge zur Verbilligung von Frischfleisch schreiben, da von der Deutschen Volkspartei und der sozialdemokratischen Fraktion noch zwei neue Anträge eingelaufen waren. Die Debatte mußte daher neu aufgenommen werden, und als erster Redner hat der Reichsfinanzminister Dietrich den Ausschuß dringend, nicht größere Geldmittel anzufordern, als in der Vorlage des Reichsernährungsministeriums vorgesehen sind.

Abg. Keil (Soz.) empfahl seinen neu eingebrachten Antrag zur Annahme.

Die Debatte nahm einen teilweise erregten Charakter an, als von den nationalsozialistischen Abgeordneten Feder und Reinhardt Deckungsvorschläge entwickelt wurden, durch die die Regierung instand gesetzt werden sollte, alle vom Ausschuß gewünschten Maßnahmen zugunsten der unbedeutenden Kreise zu bedenken. Diese Deckungsvorschläge bestehen in einem Monopol auf die Einfuhr von Bananen und Süßfrüchten und in der Besteuerung des Gewinnes auf Börsenspekulationen für die rückliegenden Jahre.

Von den sozialdemokratischen Abgeordneten Heinig, Keil und Frau Wurm und von dem Abgeordneten Schnod (S.) und Cremer (Dsp.) wurden diese Vorschläge als reine Agitationen abgelehnt, mit denen man vielleicht in einer Volksversammlung, aber nicht im Haushaltsausschuß Eindruck machen könne.

In der Abstimmung wurde schließlich nach Ablehnung verschiedener anderer Anträge mit 24 Stimmen bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen der folgende Antrag Torgfers angenommen:

„Die Reichsregierung aufzufordern, die Verbilligung von Frischfleisch für die minderbemittelte Bevölkerung in der Weise vorzunehmen, daß der Preis des verbilligten Frischfleisches in keinem Falle höher sein darf als der bisherige Preis des gefrorenen Gefrierfleisches und der Preis der Bezüge von verbilligtem Frischfleisch alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigte umfassen muß.“

Der Ausschuß trat sodann in eine Besprechung der Hochwasser- und der notwendigen Abwehrmaßnahmen ein.

Die Abstimmung über die Anträge wird am Sonnabend nach erfolgter Drucklegung vorgenommen.

## Sozialisten die stärkste Soldatenpartei.

### In den Wiener Kasernen die Christlichsozialen überflügelt.

Wien, 14. November. (Eigenbericht.)

Aus den jetzt vorliegenden Ergebnissen der Nationalratswahlen in den Wiener Garnisonen ergibt sich, daß die Christlichsozialen in den Kasernen eine Niederlage erlitten haben. Während bei den Vertrauensmännerwahlen der Soldaten, bei denen sich der Druck der Offiziere ganz unmittelbar auswirkt und das Wahlergebnis nur sehr unvollkommen gewahrt ist, sich der christlichsozialen Wehrband bisher auch in Wien eine große Mehrheit sichern konnte, haben die Christlichsozialen bei den Nationalratswahlen kaum ein Drittel der Soldatenstimmen erhalten.

Von 6652 in den Kasernen wahlberechtigten Männern haben 5733 abgestimmt. Die Zahl der Wehrmänner ohne Offiziere beträgt 4844. Davon erhielten die Sozialdemokraten 2311 Stimmen, die Christlichsozialen 2240, der Schner-Bund 480, der Heimatsbund 168, die Nationalsozialisten 461 und die Kommunisten 18 Männerstimmen. Danach hat die Sozialdemokratie die anderen Parteien auch in den Kasernen überflügelt. Dieses Wahlergebnis ist für das System Bougain niederstürzend. Es zeigt, daß es Herrn Bougain keineswegs gelungen ist, die Wehrmacht von „den Roten“ reiflos zu säubern.

**Korruption.** Dem deutschnationalen Stadtverordneten Ulrich in Kassel war von dem dortigen sozialdemokratischen „Volksblatt“ Korruption vorgeworfen worden. Ulrich klagte und wurde abgemessen. Er legte Berufung ein und erzielte ein Urteil, in dem es heißt, der Wahrheitsbeweis (für die Korruption) sei in vollem Umfang gelungen. Der Privatkläger, eben der deutschnationalen Herr Ulrich, habe sein Amt als Stadtverordneter mißbraucht. Die Art, wie er gehandelt habe, nenne man Korruption. Sein Verhalten sei verwerflich.

**Oldenburgs Ministerpräsident.** Der Oldenburger Landtag wählte am Freitag mit den Stimmen der Rechtsparteien den Regierungspräsidenten Casselmann zum Ministerpräsidenten.

Der langjährige erste Vizepräsident des Preussischen Landtages, Abgeordneter Dr. Pösch, der Jahrzehnte hindurch zugleich der erste Vorsitzende der preussischen Zentrumspartei war, ist gestern nachmittags schwer erkrankt und auf seinen Wunsch nach Breslau gebracht worden.

Die Breslauer „Volkswacht“ feiert heute mit einer Festnummer ihr 40jähriges Jubiläum als sozialdemokratisches Organ in der Hauptstadt Schlesiens.

# Fried-Justiz in Eisenach.

## Gefängnisurteil im Janson-Prozess.

Eisenach, 14. November. (Eigenbericht.)

In dem Prozeß des Eisenacher Oberbürgermeisters Janson gegen die „Eisenacher Volkzeitung“ wurde der verantwortliche Redakteur des Blattes Schroot zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In der Begründung des Urteils betonte der Vorsitzende, daß der Vorwurf des Hochverrats ein sehr schwerer sei. Der Wahrheitsbeweis habe nicht erbracht werden können. Die Glaubwürdigkeit des Hauptzeugen Nachts sei durch entgegengesetzte Zeugenaussagen erschüttert worden.

Der Zeuge Nachts hatte im Verlauf des Prozesses seine Darstellung über die Unterredung mit Oberbürgermeister Janson in allen Punkten aufrechterhalten. Danach bemühte sich der Vertreter Jansons, die Glaubwürdigkeit Nachts zu erschüttern. Drei Zeugen sagten über Nachts Verhalten im Kriege sehr ungünstig aus. Die von der Verteidigung beantragte Vernehmung von Zeugen, die günstig ausfallen würden, lehnte das Gericht ab.

Der Staatsanwalt hielt in seinem Plädoyer die Darstellung des Berliner Gesprächs, die Nachts gibt, für unwahrscheinlich. Er halte manche Aussagen dessen Aufregtheit zugute. Für den Vorwurf des Hochverrats durch Janson sei kein Beweis erbracht. Bei der Schwere des Vorwurfs beantrage er vier Monate Gefängnis für den Angeklagten. Der Anwalt Jansons legte es besonders darauf an, die Glaubwürdigkeit Nachts zu erschüttern. Dagegen verwahrte sich der Verteidiger Schroots ganz entschieden. Er stellt im übrigen fest, daß beide Teile eine ziemlich gleiche Darstellung gaben, nur mit einem verschiedenen Tenor. Auf diesen Tenor aber komme es doch sehr an! Ein Mord an Nachts sei aber die einseitige Vernehmung ungünstiger Zeugen über die Kriegserlebnisse aus frühesten Jugend.

Gegen das Urteil wird sofort Berufung eingelegt werden.

Das harte und durch nichts begründete Urteil des Eisenacher Gerichts kann nicht vermissen, daß der Gang der Beweisaufnahme einwandfrei gezeigt hat, daß Fried mit Hilfe des Oberbürgermeisters Janson die Einstellung eines Polizeibeamten verhindert hat, weil er im Verdacht stand, Republikaner zu sein.

Herr Janson hat den Gang dieser Unterredung in entscheidenden Punkten nicht bestritten.

Tatsache ist, daß Fried gegen Nachts vorgegangen ist, daß das Verbrechen von Nachts darin bestand, daß sein Bruder Sozialdemokrat und preussischer Polizeioffizier ist. Tatsache ist, daß Ministerialrat Guraet unter dem Druck von Fried sein günstiges Urteil über Nachts ändern mußte.

# Der Löwenanteil der Junker.

## Wie der Großgrundbesitz die Landwirtschaftshilfe ausbeutete.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Landtagsitzung, über deren Anfang wir bereits im gestrigen „Abend“ berichteten, begründete

### Abg. Hartwig (Soz.)

die sozialdemokratische große Anfrage über die Umschuldungsaktionen in Pommern:

Das Vertrauen zur gerechten Verteilung der Umschuldungskredite ist auch in den Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung Pommerns völlig geschwunden. Auch in Pommern bekommen dabei die Großgrundbesitzer viel, die Besitzer mittlerer und kleiner Betriebe fast nichts. Ein Fall mag für viele dienen. Der Landwirtschaft des Kreises Schlawe sind 412 000 M. an Umschuldungskrediten zugestiegen.

Davon nahmen 5 Großgrundbesitzer erst einmal 294 000 M. für sich in Anspruch, während der Rest von 118 000 M. sich wie folgt verteilte: 21 mittelbäuerliche Betriebe rund 95 600 M., 7 Kleinbäuerliche Betriebe rund 22 400 M.

Diese Praxis wirkt auf die Uneigennützigkeit der Großgrundbesitzer ein eigenartiges Schlaglicht. Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß dieselben Zustände auch in anderen Kreisen vorherrschend sind. Der Großgrundbesitzer nützt auch heute noch wie früher seine Vormachtstellung aus, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Wir verlangen von der Regierung Auskunft in welcher Weise sie die gerechte Verteilung der Umschuldungsaktion endlich durchsetzen will. (Beifall bei den Soz.)

Hierauf begründen die Vertreter fast aller Fraktionen große Anfragen und Anträge, die sämtlich Hilfsmittel zur Verringerung der Not der Landwirtschaft fordern.

### Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

erklärt die deutsche und Belgiartrikule aus der verminderten Zahlungsfähigkeit des Fernen Ostens, den durchgeführten Nationalisierungsmassnahmen und der Produktionssteigerung im übrigen Europa und Amerika. Der Weltmarktpreis des Weizens betrage 120 M., der Inlandpreis 240 M. bei einem Zoll von 250 M. Alle Länder hätten Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft durchgeführt. Also nicht die Regierung, sondern Krieg und Kriegsfolgen tragen an dieser Not die Schuld, also auch an der Zunahme der landwirtschaftlichen Gesamtverschuldung in Höhe von 400 Millionen bis zum ersten Halbjahr 1930. Dabei liege in den kurzfristigen Krediten der Schwerpunkt. Dazu komme die Abjaktik, insbesondere in der Getreidemittelwirtschaft. Erforderlich sei insbesondere eine Umstellung von Roggen auf Weizen.

Ein Regierungsvizepräsident beantwortet die großen Anfragen der sozialdemokratischen Fraktion. Danach sind bis zum 30. September 1930 für Östpreußen als zweifelhafte Hypotheken über 91 Millionen Mark bewilligt worden. Davon sind nach Größenklassen beteiligt: Betriebe bis 20 Hektar mit etwa 3,5 Millionen, bis 100 Hektar mit 23,2 Millionen, bis 200 Hektar mit 20,8 Millionen und über 200 Hektar mit 44,4 Millionen Mark. Bis August 1930 sind an Umschuldungshypotheken, für die Reich, Staat und Provinz in Anspruch genommen wurden, etwa 2,15 Millionen Mark ausgefallen. Welche Beträge als gefährdet anzusehen sind, läßt sich zahlenmäßig nicht angeben. Für Sicherung der Umschuldungshypotheken ist durch Beleg vom 18. Mai 1929 Vorlage getroffen.

Die Beantwortung der sozialdemokratischen Anfragen über die Verteilung der Umschuldungskredite im pommerschen Kreise Schlawe bestätigt die Angaben des Abg. Hartwig.

Ueber die Bewilligung hatte der provinzielle Kreditausschuß zu befinden. Nach Angabe des Oberpräsidenten hat der bäuerliche Besitz deshalb weniger erhalten, weil er in nördlichen Teilen des Kreises

Das Vorgehen der Kreise, die Fried angebliches Material über Nachts geliefert haben, ist eine Infamie. Sie haben den Vorwurf der Feigheit im Kriege erhoben. Das Gericht hat diese Gerüchte benützt, um Nachts als unglaubwürdig hinzustellen. Es hat drei Zeugen für diese Gerüchte vernommen — es hat Gegenzeugen nicht zugelassen. Es hat in einseitiger unobjektiver Weise die Ehre und die Glaubwürdigkeit des Zeugen Nachts angegriffen.

Ein Zeuge sollte unglaubwürdig gemacht werden, weil seine Aussagen sachlich nicht erschüttert werden konnten!

Diese Art der Prozeßführung charakterisiert sich als politisches Zwerchverfahren, sie ist des Regimes Fried würdig!

## Fried terrorisiert Zeugen.

### Sein Kampf gegen das Reichsinnenministerium.

Weimar, 14. November. (Eigenbericht.)

Der thüringische Innenminister Fried hat an die Polizeibeamten der thüringischen staatlichen Polizei und Gendarmerie einen Erlaß gerichtet, in dem alle „verfassungstreuen und ordnungsliebenden“ Beamten gewarnt werden, dem Reichsminister des Innern für seinen Kampf gegen die Weimarer Putschzentrale irgendwelche Unterlagen zu liefern. Zum Schluß des provozierenden Erlasses heißt es:

„Wir warnen die Beamten, Einflüsterungen, Versprechungen und Verlockungen nachzugeben, und weisen darauf hin, daß wir gegen jeden Angehörigen der staatlichen Polizei und Gendarmerie, der Dienstvergehen der genannten Art begeht, sofort mit schwersten Dienststrafen, wenn möglich durch sofortige Entlassung, einschreiten werden. Wir haben das Vertrauen zur Beamtenschaft der thüringischen Polizei, daß es nur dieses Hinweises zur Vermeidung weiterer Verrätereien und weiterer Verletzungen der Amtsoverschwiegenheit bedarf. Sollte einem Beamten etwas über ein geplantes oder vollendetes Dienstvergehen dieser Art oder über Versuche von nicht der Polizei angehörigen Organisationen und Persönlichkeiten in der genannten Richtung bekannt werden, so ist es seine dienstliche Pflicht, umgehend dem Ministerium auf dem Dienstwege Meldung zu erstatten.“

### Die Hakenkreuz-Reichstagsfraktion wird dreif.

Die Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten hat eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung auf Grund der bisherigen thüringischen Regierungseinstellungen gefragt wird, ob sie das Vorgehen des Reichsinnenministers und seine Verschleppungstaktik billige. Weiter werden die Reichsminister der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei und des Landbundes gefragt, was sie zu tun gedanken, um das Land Thüringen, in dessen Regierung als Minister und Staatsräte Angehörige ihrer Parteien sitzen, von einer derartigen unbegründeten und ungerechten schweren Schädigung zu befreien.

auf gutem Boden sitzt und zu dem wohlhabendsten Teile des bäuerlichen Bestandes in der Provinz Pommern gehört. Bei der Offiziele werde die Staatsregierung für eine gerechte Verteilung eintreten.

### Abg. Peters-Hochdorn (Soz.):

Nach der eingehenden Begründung unserer Anfragen liegt für meine Fraktion in der Aussprache kein Bedürfnis vor, noch einmal das Wort zu nehmen, wenn uns nicht die Begründung der deutschnationalen Anfragen und Anträge dazu zwingen würde. So haben die Deutschnationalen z. B. behauptet, daß weder die Staats- noch die Reichsregierung für die notleidende Landwirtschaft gesorgt hat. Außerhalb des Hauses würde ich diese Behauptung eine Unverschämtheit genannt haben. Ich stelle fest, daß namentlich die preussische Staatsregierung alles menschenmögliche getan hat, um der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen.

Ich stelle weiter fest, daß sich kein anderer Stand rühmen kann, ähnlich unterflüßt oder subventioniert zu sein, wie die Landwirtschaft.

Der notleidende Mittelstand wäre froh, wenn er nur einen kleinen Teil davon bekommen hätte und vor allen Dingen ist etwas Positives zur Verringerung der unbefriedigenden Not der arbeitenden Klassen überhaupt noch nicht getan worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die von den Deutschnationalen geforderte bedingungslose Stundung von Steuern ohne Nachweis der Notlage ist zwar blanke Unfug, aber kennzeichnend für die schamlosen Agitationsmethoden. Ich erinnere an alle bis heute noch nicht zurückgezählten Saat-, Dünger- und Unwetterkatastrophen. Im Gegensatz zum heutigen Staat hat z. B. das alte Dreiklassenparlament unter Führung der Konterpartien im Jahre 1888 anlässlich der furchtbaren Unwetterkatastrophe für die davon betroffene Landwirtschaft nicht das geringste getan. (Hört! Hört! bei den Soz.) Ich erinnere weiter daran, daß die Landwirtschaft keinen Pfennig Hauszinssteuer aufgebracht, gleichwohl über 20 Millionen daraus bekommen hat.

Im ganzen bringt die preussische Landwirtschaft an Grundrentnern 80 Millionen auf, die aber mit 73 Millionen beinahe wieder vom Staate ausgegeben werden für Aufwendungen im Interesse der Landwirtschaft.

Es gehört schon der traurige Mut unserer Reichsparteien dazu, angesichts dieser nicht zu widerlegenden Tatsachen die Behauptung aufzustellen, daß nichts für die Landwirtschaft von Seiten des Staates getan worden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die schon vom Minister gekennzeichnete Abjaktik der Landwirtschaft kann nur durch Hebung der Kaufkraft überwunden werden. Henry Ford rückt in seinem letzten Buch ebenfalls die Hebung der Kaufkraft zur Überwindung der Wirtschaftskrise in den Vordergrund. Diese Theorie hat er in die Praxis umgesetzt. Es war ein Schlag ins Gesicht der Berliner Metallindustriellen, die Lohnabbau zur Überwindung der Krise forderten, als er am Tage des Streikausbruchs in seinem Betrieb erhebliche Lohnzulagen gewährte mit dem Hinweis, daß sich dadurch die Kaufkraft erhöht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ebenso unfugig ist die deutschnationalen Forderung, das landwirtschaftliche Einfuhrkontingent der landwirtschaftlichen Ausfuhr anzugleichen. Da Deutschland jetzt einen erheblichen Anfahrüberstand zu verzeichnen hat, würde das in letzter Konsequenz eine Überbewertung des deutschen Marktes mit ausländischen Produkten bedeuten. Man will natürlich etwas anderes: die Kündigung der Handelsverträge und Sperrung der Einfuhr! (Sehr richtig! bei den

Deutschnationalen.) Die Herren können keinem vernünftigen Menschen zumuten, einem solchen Antrag zuzustimmen, denn seine Annahme würde eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten.

Während der Zwangswirtschaft sah die Rechte nach wirtschaftlicher Freiheit. Heute will sie die Zwangswirtschaft in anderer Form, denn sie will dem Konsumenten vorschreiben, welche Waren gekauft werden sollen.

Sie hält die deutschen Frauen für so dumm, daß sie ihnen zumuten, für qualitativ nicht so gute deutsche Ware mehr zu zahlen als für gute Auslandsware. Die deutsche Landwirtschaft hat einseitigen Maßnahmen für ihren Export nach Deutschland so lange keine Angst, als die deutsche Landwirtschaft auf so niedrigem Produktionsstand steht.

Es geht bei der deutschen Landwirtschaft alles veräußert, um durch Schaffung von Absatzmöglichkeiten die unentbehrlichen Preissteigerungen zu beseitigen, also ihrerseits durch Hebung der Kaufkraft zur Beseitigung der Krise beizutragen. Im Gegenteil dazu geht man in Ostpreußen jetzt dazu über, die Kaufkraft durch Herabdrücken der an sich schon elenden Löhne noch weiter zu senken. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Statt Abhängigkeitskrisen zu schaffen, sehen die Deutschnationalen aber die Rettung der Landwirtschaft nur in Hochschulzöllen.

Dabei besteht längst Klarheit darüber, daß diese lediglich dem Großgrundbesitz, aber nicht den Millionen von Mittel- und Kleinbauern dienen. (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratie will der notleidenden Landwirtschaft helfen, aber sie will Gerechtigkeit und nicht eine Politik, die die Landwirtschaft ins Verderben bringt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. von Rohr (Dnat.) erklärt, daß das marxistisch-liberale System sich nicht nach den Interessen der Nation richte. Man will das Interesse der städtischen Bevölkerung ablenken. Die Landwirtschaft sei im Erwachen, sie sehe hinter ihrem fargen Lohn die dunklen marxistischen Gestalten, die Deutschland in den Abgrund geführt haben. Die Linke wolle die Gegensätze zwischen Klein- und Großbesitz verschärfen.

Abg. Mallach (Z.) kritisiert die hohen Zinssätze der landwirtschaftlichen Hypotheken. Im Osten sei die Landwirtschaft am Ende ihrer Kraft. Hilfe müsse rechtzeitig kommen. Er fordert Bemühungszwang von Roggen zum Weizen und hohe Zölle auf Futtermittel.

Abg. Kerff (Komm.) wendet sich gegen die Angriffe der Agrarpresse gegen die Sozialunion. Zu helfen sei nur durch entschlossene Entzweiung des Großgrundbesitzes.

Abg. Dr. Schifano (D. Vp.) verwahrt sich gegen die Behauptung des Abg. von Rohr, der Liberalismus mit Marxismus in Zusammenhang gebracht hat. Er fordert Ausbau des Rotprogramms.

Abg. Fischer (Chr. Nat.) gibt der verkehrten Handelspolitik der letzten fünf Jahre die Schuld an der landwirtschaftlichen Not. Nur an der nationalen Seite könne die Landwirtschaft Rettung finden.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger weist die Angriffe des Abg. von Rohr zurück und zitiert Auslassungen rechtsgerichteter landwirtschaftlicher Sachverständiger dafür, daß Reich und Staat nicht nur Hilfe versprochen, sondern das Versprechen auch eingelöst haben.

Abg. Wachhorst de Wente (Staatsp.) polemisiert ebenfalls gegen den Abg. von Rohr. Beim Aufbau des neuen Staates habe man die richtigen Bahnen begangen, nicht rechts verkehrt. Die Staatspolitik lehne die konservative Agrarpolitik ab.

Abg. Schmidt-Breslau (Wp.) macht für die hohen Einzelhandelspreise das Steuerwesen verantwortlich. Die Lage der Schlächtereier, die am Hummersee nageln, sei mittelberregend.

In der zweiten Rednerreihe polemisiert Abg. a. Rohr (Dnat.) gegen die Ausführungen des Redners der Landpartei.

Das deutsche Volk lehne sich nach den Gedankenängen Mussollais.

Der ihm gegenüber erklärt hat, daß er für die italienische Landwirtschaft nichts, dagegen aber für die Kraft und die Größe der italienischen Nation alles tue. Nur dadurch sei auch der Landwirtschaft zu helfen.

In der weiteren Debatte kommen noch einmal die Redner der einzelnen Fraktionen zu Wort. In späterer Abendstunde überweist das Haus alle vorliegenden Anträge zum Teil dem Haupt- und zum Teil dem Landwirtschaftsausschuß.

Hierauf vertagt sich der Landtag auf den 15. Dezember. Dann sollen die Beratungen beginnen.

## Die Materialschlacht in Genf.

Die deutschen Anträge haben mehr Stimmen als je erhalten.

Genf, 14. November. (Eigenbericht.)

Eine englische Entschließung zur Materialbegrenzung zählt alle drei Arten der Begrenzungsmöglichkeit auf: die durch Beschränkung des Budgets, die durch direkte Herabsetzung und endlich die Kombination aller Methoden. Graf Bernstorff verlangte, daß die Kommission zu einer Abstimmung komme über die direkte Begrenzung, weil sie die weitestgehende sei und mehr bedeute als die Begrenzung durch das Budget, um endlich festzustellen, welche Begrenzungen für die eine oder andere dieser Arten der Begrenzung sei. Bernstorff erklärte unter großer Bewegung der Konferenz, daß es an den anderen Mächten sei, abzurufen und nicht an Deutschland. Technisch könne die Frage keine Schwierigkeiten bereiten, da die direkte Begrenzung für Deutschland ausgiebig angewandt worden sei. Die öffentliche Meinung würde nicht befriedigt werden, wenn man nicht direkt das Kriegsmaterial begrenze.

Im späteren Verlauf der Beratung wurden von Ruffigli eine scharfe Erklärung gegen Bernstorffs Ausführungen abgegeben. Mehrere Delegierte erklärten sich nach Ruffigli für eine Kombination der Methoden, unter denen die Entwaffnung vorgezogen werden soll. Graf Bernstorff verlangte, daß unbedingt über das Prinzip der direkten Begrenzung und seine Zulassung abgestimmt werden soll.

Ein Genfer halbamtlicher Bericht zeigt das Ergebnis der bisherigen Beratungen, wie folgt zusammen:

„Der Vorbereitende Abklärungsausschuß hat in zwei wichtigen Punkten, dem der ausgebildeten Reserve und dem des Heeresmaterials, seine früheren Beschlüsse im wesentlichen aufrechterhalten. Allgemein aufgefallen ist, daß der deutsche Antrag eine verhältnismäßig beträchtliche Anzahl von Bestimmungen gefunden hat. Es ist das erste Mal, daß im Vorbereitenden Abklärungsausschuß ein deutscher Antrag Stimmengleichheit erreichte. Das Bild wird noch etwas glänzender, wenn man berücksichtigt, daß unter den Regierungen, die sich der Stimme enthalten haben, sich solche befinden, die in der Debatte ihre grundsätzliche Zustimmung zum deutschen Standpunkt zu erkennen gaben.“

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die „Junge Garde“, Zentralorgan des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, ist auf Grund der §§ 13 und 9 in Verbindung mit den §§ 5 und 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Dauer von zwei Monaten verboten worden, weil sie eine an dem früheren Berliner Polizeipräsidenten Jörgelbel bezogene Gewalttat ausdrücklich verherrlicht und gebilligt hat, und weil sie in einem anderen Artikel der gleichen Nummer die verfassungsmäßige republikanische Staatsform des Reiches beschimpfte.

## Frick säubert die Schupo.



„Was haben Sie denn da in der Tasche? Die Weimarer Verfassung? Aha, wieder ein Umstürzler erwischt!“

## Finanzskandal vor der Kammer.

Schwere Angriffe auf Justiz- und Finanzminister. — Regierung Lardieu dennoch gerettet.

Paris, 14. November. (Eigenbericht.)

Die französische Kammer hat am Freitag nachmittag mit der Diskussion über die Börsenkrise und den Duftric-Standard begonnen.

Der sozialistische Abgeordnete Monnet begann mit einem scharfen Angriff gegen den Justizminister Raoul Péret, der dem Spekulationsbankier Duftric als Rechtsberater diene. Die Zusammenarbeit habe schon 1926 begonnen. Damals, als Péret sein Amt als Finanzminister an Caillaux abgetreten habe, habe er noch schnell die Aktien der zum Duftric-Konzern gehörenden Kunstseidefabrik Sino-Biscosa zur offiziellen Börse notiert zugelassen.

Sofort erhebt sich der republikanische Minister Raoul Péret zornig und erklärt, die Börsenzulassung sei regulär erfolgt. Die Klage gegen Duftric wegen Betruges, Unterschlagung und Wechselkreuzer werden einen normalen Verlauf nehmen. Monnet läßt sich aber durch die Entschuldigungen des Justizministers nicht beirren. Er schlägt seine Rede mit der Forderung, daß die Regierung Lardieu, diese Regierung der „Skandal- und Geschäftspolitik“, sofort ver-schwinde.

Der Radikale Monnet stellte fest, daß der Krach Duftric die französischen Sparer mindestens 1 1/2 Milliarden Franks gekostet habe. Die kleine Gefälligkeit Pérets sei bei weitem nicht alles gewesen, was Duftric an Unterstellungen von offizieller Seite zuleist geworden sei. Zweimal habe ihn die Bank von Frankreich vor dem sicheren Untergang gerettet, indem sie ihn einmal 157 Millionen, das andere Mal 160 Millionen gegen Wechsel geliehen habe. In beiden Fällen habe Duftric neun Monate Frist erhalten, während sonst die Bank von Frankreich Kredite über drei Monate hinaus nicht zu geben pflege. Wie erkläre sich diese Begünstigung? Am 18. Oktober habe das künstlich in die Höhe getriebene Kursgebäude hauffig zu wanken begonnen. Was hätten da der Finanzminister Reynaud und der Justizminister Péret getan? Sie hätten am 19. Oktober jenen schamlosen Polizeieinsatz gegen die Baisse-Spekulation an der Pariser Börse eröffnet. Das sei der Triumph Duftrics gewesen, denn seine Gegner an der Börse seien als Betrüger und Schädiger der nationalen Finanzen gebrandmarkt worden.

Finanzminister Reynaud sucht sich zu entschuldigen. Was die Zulassung der Duftric-Aktien zur Börse angehe, so habe der Finanzminister darauf keinen Einfluß. Die Kredite der Bank von Frankreich für Duftric habe er ebenfalls nicht verhindern können.

Uebrigens sei Duftric ein Opfer der Weltwirtschaftskrise geworden sei. Ueber seinen Polizeieinsatz an der Pariser Börse schweigt sich der Minister vollkommen aus.

Mit dem radikalen Parteiführer Daladier beginnt eine neue Offensive gegen die Regierung. Man habe gemunkelt, erklärt Daladier, daß auch mehrere Parlamentarier der Regierungsparteien kompromittiert seien. Heraus mit den Namen, damit die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden können! So habe man den Namen des radikalen Senators Besnard genannt. Besnard aber habe sich als Botschafter in Rom wiederholt der Einführung der Sino-Biscosa-Aktien am Pariser Markt widersetzt und seiner Meinung hätten sich die Finanzminister Caillaux, Doumergue und Painlevé angeschlossen. Péret aber habe plötzlich das Entgegengesetzte getan. Nun sei Péret der Rechtsbeistand Duftrics, berichtet man, um heute in seiner Eigenschaft als Justizminister über die Klagen gegen Duftric wegen Betrug, Wechsel-fälschung zu entscheiden.

Der Ministerpräsident Lardieu sucht seinen Justizminister mit der Erklärung zu decken, daß er nur seinen Beruf als Rechtsanwalt ausgeübt habe, genau wie die übrigen Rechtsanwältler der Kammer und des Senats. Wenn man ihn für den Duftric-Standard verantwortlich mache, sei das doch eine Boreingenommenheit. Der sozialistische Abgeordnete Vincent Auried bedauert, daß Lardieu, statt der Kammer sachliche Aufklärung zu geben, nur daran denke, die Existenz seines Kabinetts zu retten.

## Georg Kaiser: „Mississippi.“

Erstaufführung in der Volksbühne.

In Georg Kaisers neuestem Bühnenwerk versucht eine Farmer-familie mit verzweifeltem Sabotageakt die fündige Großstadt den Fluten des angeschwollenen Mississippi preiszugeben. Religiöser Fanatismus gegen kapitalistische Staatsauffassung. Eine interessante Aufführung in ausgezeichneter Darstellung. Die Zuschauer folgen den fahlen Gedankenkonstruktionen des Dichters angetrieben, aber ohne innere Anteilnahme. Dgt.

Trotz der schwerwiegenden Enthüllungen über die Kompromittierung des Justizministers und des Finanzministers durch den Duftric-Krachs sprach die Kammer schließlich der Regierung mit 318 gegen 271 Stimmen das Vertrauen aus.

## Lardieu und Briand.

Unüberbrückbare Gegensätze.

Paris, 14. November. (Eigenbericht.)

Soll paradoxer Widersprüche, wie sie begonnen hatte, ist die große außenpolitische Debatte in der Kammer am Freitag früh gegen vier Uhr zu Ende gegangen. Die 523 Abgeordneten, die der Regierung das Vertrauen aussprachen, sind in der Mehrzahl die gleichen, die bisher die Politik und die Person des Außenministers Briand verunglimpft und verleumdet haben. Die Opposition aber legt sich zusammen aus den Parteien, die seit Jahren die Träger der Versöhnungspolitik gewesen sind. Wenn sie diesmal gegen die Regierung gestimmt haben, so geschah dies aus dem einfachen Grund, daß nach den Reden Briands und Lardiens niemand sagen kann, welches nun eigentlich die amtliche französische Außenpolitik ist.

Briand hatte betont, daß der Erfolg der Hitler-Deute und die Entgleisungen deutscher Bahredner ihm keinen Anlaß zur Beunruhigung und noch weniger zu einer Veränderung seiner Versöhnungspolitik gäben.

Lardieu hat das glatte Gegenteil erklärt.

Wo Briand die Versöhnung, die Organisation des Friedens in der ganzen Welt will, verlangt Lardieu Sicherheit und immer neue Garantien für die Bereinigung der französischen Hegemonie. Wenn Briand erklärte, der Artikel 19 des Völkervertrages gebe den interessierten Mächten ein unbestreitbares Recht, zu verlangen, betonte Lardieu scharf, jeder Versuch zur Revision bedeute Krieg. Wenn Briand zugab, daß die Präambel zu Teil fünf des Friedensvertrages eine bindende Verpflichtung für die Mächten enthalte, behauptete Lardieu, Frankreichs Abrüstung sei freiwillig erfolgt, denn die Mächten seien zu nichts verpflichtet.

Zwischen Lardieu und Briand kauft also trotz aller lauten Sozialistensicherungen ein Abgrund.

Der nicht zu überbrücken ist.

Es wird die Aufgabe der französischen Linksparteien sein, die Außenpolitik Frankreichs von den üblen Nachwirkungen jener Burgfriedensparole Poincarés zu befreien, die in den rechtsistischen Parteien allmählich die schlimmsten Verwirrungen angerichtet hat.

## Burgfrieden in USA.

Um die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Washington, 14. November. (Eigenbericht.)

Die Bemühungen des Präsidenten Hoover um den Abschluß eines parlamentarischen Burgfriedens für die kommende Dezembersession sind geglückt. Hoover gab nach mehrtägigen Verhandlungen mit den Parteiführern des Bundes senats eine Erklärung ab, wonach beide Parteien gemeinsam zur beschleunigten Ber-beratung der Finanzvorläge für das kommende Haushaltsjahr bereit sind. Die Erklärung erwähnt nichts von der allseits geforderten Arbeitslosengesetzgebung und läßt die sozialen Fragen gänzlich offen, was Schwierigkeiten im demokratischen und unabhängigen republikanischen Senatstreifen auslösen mag.

## Todesstrafe gegen Unpünktlichkeit.

Die Sowjetbahnen unter Kriegsrecht.

Sowno, 14. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Rat der Volkskommissare im Zusammenhang mit den heillosen Zuständen auf den russischen Eisenbahnen die Einführung des militärischen Regimes auf sämtlichen Bahnen angeordnet. Jedes Vergehen wird jetzt von einem Kriegsgericht abgeurteilt und der Bahnstrecke besonderte Truppen der OGPU übergeben werden, die auch die Todesurteile vollstrecken werden. Mit diesen Maßnahmen will Moskau das normale Verhältnis auf den russischen Eisenbahnen wiederherstellen und die Disziplinlosigkeit im Transportwesen beseitigen.



# Nationalistische Studentenwehr?

## Sozialistische Studenten schützen Kommunisten.

Der gestrige Tag ist im allgemeinen in der Universität ruhig verlaufen. Nachdem am Donnerstag die Nationalsozialisten Ekzulte, die nicht Studenten waren, in Massen in die Universität geholt hatten, die dann von sozialdemokratischen Studenten festgesetzt und aus der Universität entfernt wurden, machten die Nazis am Freitag Jagd auf alle, die nicht den Eindruck von Studenten machten. Verstärkt wurde die Recherche noch durch das Gerücht, daß Kriminalpolizei im Hause sei. Der Rektor Professor Dehmann verhandelte den ganzen Tag mit den Führern der einzelnen Studentengruppen über die

### Bildung einer Studentenwehr zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Entgegen den Meldungen der Abendpresse ist die Gründung der Wehr noch nicht vollzogen worden, da von rechtspolitischer Seite gegen die paritätische Besetzung Bedenken erhoben wurden.

Die Absicht der Nationalsozialisten war zweifellos, die republikanische Studentenschaft derart zu terrorisieren, daß sie auf längere Zeit auf eigene Propaganda an der Universität Verzicht leisten sollte. Zu diesem Zwecke hatten die Nationalsozialisten ihre Mitglieder schon am Montagabend zusammengerufen und die Parole der getarnten Aktion ausgegeben. Als dann am Dienstag der Aufruf des Deutschen Studentenverbandes erschien, versuchte man, die Verteilung zu verhindern. Als Vorwand diente das Erscheinen der Polizei, die auf diese Herren angeblich provozierend wirkte. Am nächsten Tag verteilte die sozialistische Studentenschaft das Flugblatt gegen den Fall der Nationalsozialisten. Auch hier konnten alle Terrorisierungsversuche der Nationalsozialisten abgewehrt werden. Die Wut der Nationalsozialisten ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß

die sozialistische Studentenschaft seit Anfang November schon fünf große Kundgebungen durchgeführt

hat, in denen u. a. die Genossen Otto Braun, Crispian, Radbruch, Heinig, Ostrowsky und Kuttner sprachen.

Sehr eigenartig bei den ganzen Zwischenfällen war das Verhalten der Kommunisten. Es bestehen an der Universität nicht weniger als drei verschiedene kommunistische Studentengruppen, die sich gegenseitig aufs heftigste bekämpfen. Am ersten Tag war weit und breit niemand von den Kommunisten zu sehen. Am zweiten Tag, an dem es zu den stärksten Zusammenstößen kam, waren auf der Universität

ganze vier Kommunisten, die von unseren Genossen vor den Nationalsozialisten geschützt wurden.

Gestern nun verteilten die Kommunisten ein unerschämtes Flugblatt, in dem sie behaupteten, daß lediglich sie den Kampf gegen den Hochschulschulismus führen. Die sozialdemokratischen Studenten wurden aufgefordert, sich daher der SPD. anzuschließen. Den Nationalsozialisten empfahl man sich als die einzige Kampfpartei gegen die SPD. Beweis: der Schneider Heitrich, der die Tätschleifen gegen Jörgel begehren hat. Verantwortlich für den ganzen Blödsinn zeichnete — Obuch, M. d. L. Die Verteilung des Flugblattes besorgten bezeichnenderweise nicht die Studenten selbst, sondern kommunistische Arbeitslose. Die sozialistische Studentenschaft wird sich in diesem Kampf gegen den nationalsozialistischen Terror von den Nachschaffern einiger kommunistischer Intellektueller in keiner Weise beirren lassen; sie ist bereit, an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf der Universität mitzuwirken, wird aber dem nationalsozialistischen Terror unter keinen Umständen weichen.

### Naziterror in der Universität.

Von einem Augenzeugen erhalten wir folgenden Stimmungsbericht:

Nach den Zwischenfällen in den letzten Tagen ist in der Universität wieder alles ruhig. Ein Trupp Nationalsozialisten möchte allerdings die Standatzen tagtäglich fortziehen. Mit großen Hakenkreuzen geschmückt patrouillieren diese Studenten durch die Gänge, um alle Personen anzupöbeln, die ihnen aus irgendeinem Grunde nicht gefallen. Es kann gewiß nichts dagegen gesagt werden, daß die Räume der Universität in den unruhigen Zeiten nicht von jedermann betreten werden sollen. Der Rektor der Universität Professor Dehmann hätte aber dann zum mindesten die Pflicht, den Eingang zur Universität mit beamteten Personen zu besetzen, die das Recht haben, die Vorzeigung der Studentenkarte zu verlangen. Das Verfahren, jeden in die Universität hineinzulassen, ihn dann aber in den Gängen tätlich zu bedrohen und zwangszustellen, sieht nach einer Falle aus. Die jetzigen Zustände, daß

ein nationalsozialistischer Studententrupp sich offenbar unter voller Duldung der Universitätsleitung Polizeigewalt anmaßt,

sind unhaltbar. Vielleicht machen die preussischen Behörden der Universitätsleitung einmal klar, daß die heute eingerissenen Zustände für das Ansehen der größten preussischen Universität unbedingt schädlich sind. Vielleicht auch läßt sich die Universitätsleitung einmal Bericht erstatten, was für Personen von den nationalsozialistischen studentischen Randys besonders bedroht werden. Dann würde bald festgestellt werden, daß die jüdischen Studenten hinausgeschickt werden sollen.

Vater beauftragt habe. Eise Frenzel bestritt das aber energisch. Weiter behauptete Frau Vogel, daß auch ihre Tochter Margot durch Frenzel völlig verdorben worden sei. Es existiert jedoch ein polizeiliches Protokoll, aus dem hervorgeht, daß diese Margot vor vier Jahren zwei Potsdamer Bürger beschuldigt hat, unglückliche Handlungen an ihr vorgenommen zu haben. Die Polizei befahte sich mit dem Fall und stellte die Haltlosigkeit der Behauptungen des offenbar pathologischen Mädchens fest.

## Do X auf dem Meer.

200 Kilometer von dem Ziel Bordeaux entfernt.

E. P. Paris, 14. November.

Einer Meldung der Agentur Radio aus Rochesfort zufolge hat die dortige drahtlose Station einen Funkpruch ausgefangen, wonach das Flugschiff Do X auf der Höhe der sogenannten Sables d'Olonne in der Bucht nördlich der Insel Ré auf Wasser niedergehen mußte. Das Flugschiff bewegt sich auf dem Wasser in südlicher Richtung. Sables d'Olonne ist auf dem Luftwege 90 Kilometer von Rochesfort und 200 Kilometer von Bordeaux entfernt.

Ueber die Gründe der Zwischenwasserung weiß man im Augenblick noch nichts. Man nimmt an, daß die eindringende Dunkelheit den Führer veranlaßt hat, von einem Weiterflug nach Bordeaux Abstand zu nehmen, um das Flugschiff bei der Wassertung in fremden Gewässern im Dunkeln nicht zu gefährden.

### In La Rochelle eingelaufen.

Paris, 14. November.

Sabas berichtet aus Bordeaux: Die Küstenfunkstation Port-Bouscat hat um 21.40 Uhr folgende Meldung gegeben: Das deutsche Flugschiff Do X ist um 21 Uhr bei La Rochelle angekommen und wird die Nacht über bei seinem Ankerplatz verbleiben und morgen vormittag seinen Flug fortsetzen.

London, 14. November.

Der Start des Do X von Calshot ging nicht glatt vonstatten. Die Startmanöver dauerten ungefähr eine Stunde. Do X hat zehn Passagiere an Bord, darunter Prof. Dornier und seine Gattin. Um 2 Uhr nachmittags war sein Standort bei Cap Quessant an der äußersten Nordwestküste von Frankreich. Zu diesem Zeitpunkt also hatte die Do X den Kanal verlassen und den Atlantischen Ozean erreicht. Es war das erstmal in der Geschichte der Luftfahrt, daß ein Flugzeug mit Passagieren an Bord auf einem Langstreckenflug auf den Atlantischen Ozean hinausflog. Der Kurs ging dann weiter an der französischen Küste entlang in die Biscaya hinein.

## Leichenfund im Grunewald.

Selbstmord oder Verbrechen?

In den ersten Nachmittagsstunden des Freitag fand ein Verleger in der Nähe des Großen Sterns im Grunewald selbsterhängten vom Reimweg, der nach Schildhorn führt, die Leiche eines jungen Mannes. Der tote lag auf dem Rücken. Der Reiter benachrichtigte die Kriminalpolizei, die Beamte entsandte. Das Alter des Toten wird nach der ersten Besichtigung auf 25 Jahre geschätzt. Er trug gute Kleidung, einen dunkelblauen Anzug, dunklen Wintermantel und schwarze Schnürstiefel. In den Händen lag ein Monogramm, die Buchstaben F Z eingestiftet. An der Stirn hat er eine leichte Verletzung wie einen Kratzer, auf den Lippen stand leichter Schmutz. Beraubt ist der Tote anscheinend nicht, denn er hatte seine silberne Taschenuhr mit Kette noch bei sich. Die Möglichkeit, daß der Unbekannte seinem Leben durch Berglöcher ein Ende gemacht hat, ist nicht ausgeschlossen. Auf die Meldung von dem Leichenfund fuhr Kriminalkommissar Kalkow mit Beamten nach dem Grunewald hinaus. Bei der näheren Be-

## Immer noch Zeugen im Frenzel-Prozess

### Frau Schent und Frau Vogel sagen aus

In der Freitagssitzung des Potsdamer Frenzel-Prozesses wiederholte Frau Pfarrer Schent, die zuerst vernommen wurde, ihre Aussagen aus der ersten Verhandlung, Hilde und Gertrud Frenzel hätten beide gleich stark ihren Vater im Sinne der Anklage belastet. Hilde Frenzel gibt diese Belastung zu, erklärte sie aber aus dem Motiv ihrer damaligen Absicht, Frau Pfarrer Schent mitleidig zu stimmen und zu einer Milderung zu bewegen, durch die sie das Elternhaus mit einem neuen Heim verlassen könnte. Tatsächlich war Hilde Frenzel die Verwirklichung dieser Absicht gelungen. Zu einem heftigen Zusammenstoß kam es dann noch zwischen dem Angeklagten Frenzel und Frau Pfarrer Schent, als diese auf Befragen des Vorsitzenden zugab, daß sie über die Affäre Frenzel auch in der „Frauenhilfe“ gesprochen

habe. Der Angeklagte geriet in Erregung und rief der Zeugin zu, es wäre besser, wenn sie in der „Frauenhilfe“ auch etwas über ihre eigene Vergangenheit erzählt hätte.

In der Nachmittagssitzung warf die Verteidigung dem Pfleger Gertrud Frenzels, Dr. Stappenbeck, vor, daß er sich mit seiner Aussage offensichtlich sehr zurückhalte; der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig, nahm den Zeugen in Schutz. Dr. Stappenbeck schilderte weiter den Verlauf eines Zusammenstreffens zwischen Gertrud Frenzel und ihrer Mutter, und schließlich kam die Rede auf eine Reihe von anonymen Briefen, die die Familie Frenzel vor längerer Zeit erhalten hatte. Diese offenbar den Angeklagten denunzierenden Briefe stammten nach der vorsichtigen Aussage von Frau Pfarrer Schent vermutlich von — einem anderen Pfarrer namens Bier.

Hienlich erregte Formen nahm dann die Gegenüberstellung der Zeuginnen Frau Vogel und Eise Frenzel an. Frau Vogel sagte, daß Eise Frenzel als kleines Mädchen ihr gegenüber ihren

Brille zurecht und schickte sich an, die Fülle des Handelsteils in sich aufzunehmen. Denn dort, irgendwie zwischen minder wichtigen Notizen verstreut, standen die Notierungen von Häuten und Sohlleder. Und das war für ihn wichtiger als alle Bräute der Welt, die Ludwigs nicht ausgeschlossen.

Ludwig stand auf, warf sich in seinen Sonntagsstaat und fuhr noch am späten Abend hinaus zu Maria.

Am andern Abend, kurz nach sechs Uhr, führte Ludwig Maria in den väterlichen Laden.

In der Werkstatt war noch Hochbetrieb.

Eisermann sah flüchtig auf, als die Vadenür ging, dann aber beugte er sich wieder auf seine Arbeit und vertiefte sich so darin, als ob niemand gekommen sei.

Ludwig bot Maria einen Stuhl an und winkerte ihr mit den Augen zu, still zu sein. Beide guckten nun dem Meister und den Gesellen zu, die fleißig die Schusterhämmer klappern ließen.

Das Mädchen wurde allmählich nervös. Ludwig sah endlich ein, daß er den Vater anrufen müsse.

„Vater, einen Augenblick, bitte!“ rief er laut über den Tisch, der den Vaden von der eigentlichen Werkstatt trennte.

Der Schuhmachermeister zuckte zusammen und hob den Kopf.

„Ach so, ich hab ja die jungen Leute ganz vergessen. Entschuldigen Sie man, Fräuleinchen. Ich komme gleich. Gehen Sie mal inzwischen mit Ludwig hinter zu Mutter!“

Ludwig führte Maria in die Wohnung. Dort begrüßte er seine Stiefmutter und machte sie mit Maria bekannt. Die beiden kamen bald miteinander in ein angeregtes Gespräch.

Es dauerte aber noch eine volle Stunde, ehe Vater Eisermann erschien, sich umständlich wusch, die grüne Schürze an den Nagel hing und dann Maria die Hand schüttelte und sie in seinem Hause willkommen hieß.

Er musterte sie scharf. Sie gefiel ihm. Auch die einfachen Antworten, die sie ihm gab, befriedigten ihn. Nun ging er daran, kräftig auf den Busch zu klopfen. Unvermittelt fragte er: „Sie wollen doch recht bald unsern Ludwig heiraten, nicht wahr, Fräulein?“

Maria schüttelte stumm den Kopf.

„Kam, warum denn nicht? Eine Wohnung ist doch schnell gemietet. Warten Sie mal, ganz hier in der Nähe... wo habe ich gleich eine kleine Wohnung in der Nähe gesehen, wo war das nur? ...“

Er dachte nach.

„Ach so, gleich um die Ecke, die zweite Querstraße, Fräulein. Billige Miete, sag ich Ihnen. Ein Kunde von mir wohnt dort im Haus. Zugreifen, der Hauswirt läßt sogar die Stube tapezieren!“

Aber Maria ging nicht darauf ein.

„Wir haben gar keine Eile mit dem Heiraten, Herr Eisermann“, sagte sie ernst. „Ludwig muß doch erst etwas werden!“

Erstaunt zog der Schuhmachermeister die Augenbrauen hoch, so daß sogar die Brille mitging und fragend glitzerte.

„Ludwig muß erst etwas werden? Was werden? Wie meinen Sie das, Fräulein?“

Er soll Meister werden und sich eine solide Existenz schaffen, ehe wir heiraten.“

Fast erschrocken sah Eisermann das schöne Mädchen an: „Ludwig Meister werden? Hat er das gesagt, Fräuleinchen, hat er das gesagt?“

„Nein, aber es ist mein Wunsch!“

Wieder war das seltsame Lächeln da. Doch bei Vater Eisermann verfiel es nicht so rasch. Er war von dem Gehörten noch so überrascht, daß er nur stotternd antworten konnte: „So... Sie... wünschen... es. Aber Fräuleinchen... ich vermute... das ist... das ist... ein frommer Wunsch und wirds auch wohl bleiben. Ludwig und Meister, weiß Knöpfchen, das würde was Schönes werden. Stellen Sie sich doch vor, er ist ja viel zu jung und unerfahren. Als ich Meister wurde, war ich dreißig Jahre alt. Da sieht man die Welt schon mit ganz anderen Augen an als mit Ludwigs dreiundzwanzig. Heiraten kann man bald, Fräuleinchen, aber Meister werden, glauben Sie mir, ist eine schwierigere Sache!“

Er schnaufte und wischte sich den Schweiß mit dem rotgetupften Taschentuch von der Stirn.

„Lebrigens, was ich noch sagen wollte, kühne Gedanken haben Sie, Fräuleinchen, recht kühne Gedanken. Wie stellen Sie sich das eigentlich vor: Meister werden? Dazu gehört Geld und Geld und nochmals Geld!“

Sie zog unwillkürlich ihr Schönheitsflecken näher zum Mund hin: „Geld? ... wenn man Geld hat, dann braucht man nicht Meister zu werden, dann gibt es bessere Möglichkeiten.“

Wieder war das Lächeln da.

„Ludwig soll erst etwas vor sich bringen. Wie er es macht, ist seine Sache.“ (Fortsetzung folgt.)

W. Seemann O. Wöhle  
**Unternehmer...**

Er lachte jetzt laut und dröhnend und schlug sich auf den Schenkel, als ob es sich um einen guten Witz handele.  
„Na, denn man zu, Junge! Lustig geheiratet! Aber von mir ist nichts zu erben, das weißt du ja wohl!“  
„Das will auch gar niemand!“  
„Was denn sonst?“  
„Meine Braut möchte morgen gern zu dir kommen, Vater!“  
„Sieh mal an, ist das ein feines Vuder, Junge! Robel, muß ich sagen. Dein Bruder Paul hat mir keine Frau vor der Ehe auch nicht vorgeschlagen. Sie wollte nicht, sagte er.“  
„Paul! Was geht mich denn Paul an? Ich bin doch nicht Paul, Vater!“ sagte er wegwerfend, „schließlich habe ich doch auch etwas zu bestimmen!“  
„Das mit dem Bestimmen ist eine feine Sache, Ludwig, nämlich vor der Ehe. Aber wenn die Weiber den Mann mal ordentlich am Bändel haben, na, dann bestimmen denn sie meistens.“  
„Aber Vater!“  
Der Schuhmacher winkte ab.  
„Diese Erfahrung wirst du noch selber machen, Junge. Weißt du, wenn man gar zwei Frauen gehabt hat, wie ich, dann wird man ganz kusch mit der Zeit.“  
„Na, warum hast du überhaupt geheiratet, Vater, wenn du so von den Frauen denkst?“  
„Siehst du, Ludwig, das ist so 'ne Sache. Die kann ich dir heute unmöglich in voller Ausführlichkeit erzählen. Na, das erstmal war es sicher aus Liebe, so jetzt bei dir, Na, und das zweitemal, als deine Mutter gestorben war, da hab ich geheiratet, damit für euch Kropfzeug wieder eine Mutter da ist. Na, Schwamm drüber! Also laß mal deine Braut kommen. Ich bin sehr neugierig auf sie. Hoffentlich ist sie ein gutes Mädchen!“  
Damit war für Vater Eisermann die Unterredung erledigt.  
Er hob die Zeitung vom Werkstättisch auf, rüchtete die

sichtigung ergab sich, daß man das Alter des Toten zunächst zu jung geschätzt hatte. Er muß etwa 30 Jahre alt gewesen sein, vielleicht sogar älter. Darauf deutet, daß sein blondes Haar schon etwas gelichtet ist. Außer dem leichten Kratzer an der Stirn sind ähnliche Hautabschürfungen im Gesicht festgestellt, aber keine Schwunden. Auch dafür, daß der Mann etwa gewirgt worden wäre, hat man keine Anhaltspunkte gefunden. Der Arzt konnte deshalb die Todesursache nicht einwandfrei erkennen, darüber wird wohl erst die Section Klarheit bringen. Mitteilungen werden an Kriminalkommissar Rastow, Dienststelle B I, im Polizeipräsidium, erbeten

# Arbeiter gegen Arbeiter.

## Ein trauriges Bild vom Kriegsschauplatz der Radikalen.

Schlimm endete für den 25jährigen Arbeiter B., Mitglied der proletarischen Wehrorganisation, eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte.

B. war wegen Beamtenindignität und unbefugten Waffentragens angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte aber im Verlaufe der Verhandlung Weitergabe der Sache an das Landgericht wegen versuchten Mordanschlags. Auf Grund von Zeugenaussagen hatte sich herausgestellt, daß B. scharf geschossen haben mußte. Er wurde im Gerichtssaal verhaftet. Am Sonntag wollte er Hochzeit feiern.

Auf dem Fischertich, der südöstlichen Ecke der von der Spree gebildeten Insel, herrschte seit jeher Kleinkrieg zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Man beschimpfte sich gegenseitig, bedrohte und überfiel einander. Am 19. Juni d. J. fand in den Residenzpalais eine kommunistische Jugendkundgebung statt. B. und drei seiner Genossen unterstellten sich über die Nationalsozialisten am Fischertich und beschloßen, sich einem ihrer besonders schlimmen Feinde, den Arbeiter V., vorzunehmen. Man verabredete sich für den nächsten Tag.

Morgens 5 Uhr brachen B. und seine drei Genossen auf. B. und ein anderer Kommunist nahmen Ecke der Wallstraße Stellung, die beiden anderen Ecke Grünstraße und Friedrichstraße. Im selben Augenblick, als B. seine Wohnung verließ, um sich zur Arbeit zu begeben, ertönte ein Pfeifensignal. B. schoß zweimal seine Pistole ab. V. warf sich zu Boden, die Augen fliegen über seinen Kopf hinweg und schlugen in das gegenüberliegende Haus ein. Jetzt galt es für die Schießhelden, schleunigst das Kampffeld zu verlassen. Sie liefen, was sie konnten von Passanten verfolgt, wobei B. abermals schoß. Er wurde schließlich gefaßt, und man fand bei ihm eine Parabellumpistole mit vier scharfen Patronen, auf der Straße einen Trommelrevolver mit Schrotladung. B. behauptete, nur mit der Schrotladung geschossen zu haben. Die Parabellumpistole wollte er auf der Straße aufgehoben haben; einer seiner Genossen hätte sie fallen gelassen. Das Gegenteil war ihm nicht nachzuweisen. Daher lautete die Anklage zunächst nur auf Beamtenindignität. In der Gerichtsverhandlung bestritt der Angeklagte, die Absicht gehabt zu haben, dem Nationalsozialisten V. etwas zuleide zu tun. Er und seine Genossen — die übrigens nicht zu ermitteln waren — hätten den V. nur einschüchtern wollen. Das Gericht war anderer Ansicht. Die nächste Verhandlung findet vor dem Landgericht statt.

# Vormund als Betrüger.

## Die veruntreuten Mündelgelder. — Klage gegen die Stadt.

Im Sommer vorigen Jahres verstarb plötzlich der Klempnermeister Friedrich Isleb und hinterließ keine 19jährige Tochter ein Vermögen von 10 000 Mark. Das junge, unerfahrene Mädchen wandte sich auf Rat ihres Verlobten, eines Schupowachtmeysters, an das Amtsgericht Schöneberg mit der Bitte um Bestellung eines Vermögensbeistandes. Auf Vorschlag der Jugend- und Wohlfahrtskommission der Stadt Berlin bestellte das Amtsgericht den Heilgehilfen Frey Wöllert. Kaum war dieser als Beistand vereidigt und in den Besitz der Erbschaft gelangt, verspielte er die ganze Summe in wenigen Nächten bis auf den letzten Pfennig.

Das betrogene junge Mädchen konnte ohne Mühe feststellen, daß Wöllert ein schon zweimal mit Gefängnis, darunter wegen Unterschlagung, verurteilter, stark verschuldeter Mensch ist. Wöllert ist in der Heilanstalt Buch beschäftigt und bei Vorgesetzten und Kollegen als Spieler und Welter allgemein bekannt. Es ist unerklärlich, wie dieser Mann als geeigneter Beistand vorgeschlagen werden konnte. Die Betroffene hat durch ihren Anwalt gegen den preussischen Justizfiskus eine Klage wegen Schadenersatzes eingereicht. Der Präsident des Landgerichts II hat namens des Justizfiskus den Anspruch mit der Begründung abgelehnt, daß die alleinige Schuld das Jugendamt Berlin träge. Daraufhin hat der Anwalt die Stadt Berlin verklagt. In diesem Prozeß fand heute Verhandlungstermin vor der 2. Zivilkammer des Landgerichts I statt. Der Vertreter der Stadt Berlin erklärte, daß die alleinige Schuld an dem bedauerlichen Vorfall gerade umgekehrt dem Schöneberger Vormundschaftsrichter treffe.

Das Gericht gab den Parteien auf, nachzuweisen, ob die Personen beim Jugendamt, die unzweifelhaft Vernachlässigungen begangen haben, Beamte, oder nur ehrenamtlich tätig sind. Nach Ablauf einer Frist von drei Wochen wird die Zivilkammer ohne weitere mündliche Verhandlung in diesem Rechtsstreit entscheiden.

# Kommunisten im Lustgarten.

Die Kommunisten hatten wieder einmal für nötig gehalten, ihre Anhänger zum Lustgarten zu bestellen, um wegen irgendeiner Parole dort zu demonstrieren, d. h. zu schreien und zu toben. Die kommunistischen Anhänger scheinen aber selbst nichts mehr von den dauernden Demonstrationen ihrer Partei zu halten, denn an den Tagen beteiligten sich meist nur die jüngeren Amis-Mitglieder. Mit Tamtam und viel Bratschschrei gegen die Schupo, die nicht den Kommunisten zuliebe allen Verkehr abriegeln wollte, wurde eine kurze Kundgebung durchgeführt, dann rückten die Jüge wieder ab. Der Zug vom Prenzlauer Berg marschierte zum Bülowplatz. Dort kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Ein Demonstrant gab einen Schuß ab, der glücklicherweise niemand traf. Der Schüsse konnte leider nicht verhaftet werden. Die Polizei mußte im ganzen sieben Demonstrationen auflösen. Dabei wurden 10 Personen Polizei übergeben werden.

Sanktionsrat Dr. Magnus Hirschfeld wird sich einer an ihn ergangenen Einladung medizinischer Gesellschaften folgend, am 15. d. M. mit dem „Columbus“ vom Norddeutschen Land nach Amerika begeben, um dort vor Ärzten Vorträge und Kurse über sein Forschungsgebiet zu halten.

Weiterentwickeln für Berlin: Später wieder Bevölkerungszunahme mit neuer Neigung zu Regenfällen; weiterhin mild. — Für Deutschland: Im Süden meist heißer, tagsüber mild, im Norden nach vorübergehender Besserung wieder von Westen her einsetzende Bewölkungszunahme mit Niederschlagsneigung, mild.

# Neubaumieten dürfen nicht erhöht werden.

## Falsche Alarmmeldungen von einer 11prozentigen Erhöhung.

In einem Teil der Berliner Presse sind Alarmnachrichten erschienen, die von einer drohenden 11prozentigen Mieterhöhung bei einem großen Teil der Neubaumwohnungen sprachen. Es sollte sich um alle Wohnungen handeln, die mit Hauszinsermitteln erbaut worden sind und deren Erstellung bereits fünf Jahre zurückliegt. Wie der „Vorwärts“ von gutunterrichteter Seite erfährt, sind diese Meldungen unrichtig und höchstens geeignet, den einen oder anderen Hauswirt auf den Gedanken zu bringen, nun tatsächlich eine Erhöhung der Miete vorzunehmen. Die Neubaumieten werden also darauf zu achten haben, daß ihre ohnehin kaum tragbaren Mieten nicht unberechtigt noch weiter heraufgeschraubt werden.

Die Berechnungen, die die Notwendigkeit einer 11prozentigen Mieterhöhung nachweisen, gehen davon aus, daß die Bauherren, sowohl die privaten wie auch die gemeinnützigen Gesellschaften, nach Ablauf von fünf Jahren mit der Zahlung der ersten Tilgungsraten beginnen müssen. Das ist zutreffend. Die Bauherren haben jedoch, wie uns weiter mitgeteilt wird, allgemein diese Verpflichtung und die zu zahlende Grundvermögenssteuer bei ihrer Mietoffertstellung bereits berücksichtigt, so daß sie zu einer Erhöhung der Miete nicht berechtigt sein dürften. Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, daß jede Mieterhöhung bei einer mit öffentlichen Geldern erbauten Wohnung der Genehmigung der Wohnungsfürsorgegesellschaft bedarf. Sollten in Ausnahmefällen die Vermieter eine Erhöhung der Miete durchzusetzen suchen, so wird es Aufgabe der Mieter sein, strengstens darauf zu achten, daß ihnen nicht unberechtigt neue Lasten aufgebürdet werden.

# Eine Jahresmiete im voraus!

In einem Berliner Mittagsblatt wurden zuweilen „Garçonwohnungen“ angeboten. 1 1/2 Zimmer-Neubaumwohnungen ohne Wohnungsberechtigungschein, ohne Miet-

zuschuß und was der verdankenden Dinge mehr wären. Durch die Reihen der bedrückten Untermieter seien erleichtertes Aufatmen. „Ra endlich“. Es gibt zwar in Berlin schon einige Junggesellenheime, zum Beispiel in der Sootstraße und am Kaiserdamm, die Mieten sind aber dort so unerträglich, daß gewöhnlichen Sterblichen schon ein Schauer überläuft, wenn sie die Preise nur nennen hören.

Die Annonce klang aber so vielversprechend, daß man wenigstens eine Besichtigung nicht verüben wollte. Am Hohenzollern-damm, unweit des Febrbelliner Platzes, sind die neuen Häuser, die über 100 Eigenheime für Ledige in sich bergen, entstanden. Eine 1 1/2-Zimmer-Wohnung hat wenig mehr Qualität als ein großes Zimmer. Zu jeder Wohnung gehört Bad und eine Besenkammer, die als Küche dienen soll. Wie sehr das ganze Unternehmen auf Luxus eingestellt ist, geht daraus hervor, daß in allen Häusern gar keine Gasleitung vorhanden ist. Kochen, waschen, alles muß elektrisch betrieben werden. Jede Wohnung hat zwei eingebaute Schränke, einen für die Haushaltungsgegenstände, den anderen für die Garderobe. Das eine Zimmer, das als Wohnraum übrig bleibt, ist durch eine Bettstätte aufgeteilt. Heber der Stelle, wo vermutlich die Lagerstätte stehen soll, ist in die Decke Glas eingebaut, so daß man verdecktes Oberlicht ansetzen kann. Eine besondere Clou wurde ein eingebauter „Tresor“ für die Wertgegenstände gezeugt. Bei der Verteilung der Wohnungen ist das Prinzip, auf dem rückwärtigen Fluß aus Wohnungen anzulegen, verwendet worden. So wird der Schein erreicht, als ob es nur gleichwertige Wohnungen gibt, und die Einrichtung des Hinterhauses geschieht kostert.

Für ein solches Paradies wird die Miete von monatlich 105 bis 120 Mark (je nach Lage) verlangt, zusätzlich eines 15prozentigen Zuschlags für Umlagen, für Warmwasser, Zentralsheizung usw. Aber noch nicht genug damit! Für die mietschutzfreien Wohnungen ist eine Jahresmiete im voraus zu bezahlen; dieser Betrag soll allerdings im Verlauf von fünf Jahren (das bedeutet in 60 Raten) zinslos zurückgezahlt werden. So sieht die Redemund für Berliner Garçonwohnungen aus. Unerträglich für die Masse der Untermieter.

# Antifaschistische Kundgebung

am Sonntag dem 16. November, nachmittags 2 1/2 Uhr Treffpunkt: Albestraße am Friedrich-Wilhelm-Platz in Friedenau. — Redner: Artur Crispian, M. d. R.

Keiner darf fehlen! Erscheine in Massen! 11. Kreis Schöneberg-Friedenau.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

## Achtung, Kreis- und Abteilungsteiler!

Am Freitag, dem 21. November, 19 1/2 Uhr, findet eine

### große internationale Kundgebung

in der Autohalle am Kaiserdamm statt. — Wir bitten, unbedingt alle für diesen Tag angeforderten Versammlungen zu verschieben und rege Propaganda für diese Kundgebung zu machen. Der Bezirksvorstand.

- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Parteigruppen, kommt zu der Filmvorstellung der Kinderfreunde am Dienstag, dem 16. November, in der Tankardstraße 20 (Programminnen Kinderfreunde).
7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Bezirksführer Gorchowke findet am Sonntag, dem 15. November, von 17 bis 18 Uhr, im Jugendheim Finkenstraße 4, Ball, Gelegenheits zum Kleiderausritt!
12. Kreis Tempelhofer Park. Sonntag, 16. November, 10 Uhr, Führung durch die Brandenburgerische Landstraßenbahnst. Kesself. Martinstraße Weg 28-28. Genossen und Genossinnen treffen sich um 9 1/2 Uhr an der Ecke Germania- und Gehlfeld-Grundl-straße. — Montag, 17. November, 19 1/2 Uhr, Kreismitgliedsversammlung im Restaurant Viktoriahöfen, Tempelhofer Parkstraße, Sonnabend, 15. November:
17. Abt. Die Einladungen von der Revolutionsfeier sind umgehend beim Genossen Bödebe abzurufen.

heute, Sonnabend, 15. November:

Morgen, Sonntag, 16. November:

16. Abt. Sonntag, 16. November, Berufsgegenstände im großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engelstraße 14-15, Anfang 8 Uhr, Eintritt 75 Pf. Mitbringen: Die beliebige Anzahl der 3 Capa-Caps, Arde Externstraße, Groß-Berlin, die Landstrassen-Station des Vereines Gassloch, Kinderfreunde Sidos.

12. Abt. Sonntag, 16. November, 10 Uhr Besichtigung des Landtages. Treffpunkt vor dem Landtagengebäude, Prinz-Albert-Straße 3.
18. Abt. Sonntag, 11 Uhr Besichtigung der Reitschule in Rahnsdorf. Fahrt mit der Straßenbahn 197 bis Rahnsdorf, dann Autobus. Treffen 11 Uhr vor der Schule.

# Jungsozialisten.

Funkwinkler! Heute, 19 1/2 Uhr, im Besten der Kolonialstraße, Ver-einigung 1. Hof rechts, Funktionärversammlung. Genosse Franz Müller spricht über: Die Partei im Kampf um die Serie der Jungwähler. Die Gruppenleiter kommen bereits um 18 1/2 Uhr zusammen. Gruppe Reinickendorf. Die Gruppenfunktionäre und auch Interessenten gehen heute zur Berliner Jungsozialistenversammlung im Godeffsch Hof (19 1/2 Uhr). Morgen, Sonntag, treffen wir uns zur Fahrt durch den Hermannstraße Wald um 9 Uhr in Teut. Berliner Ecke Hauptstraße (Normaluhr). Bei Rosenkranz

# Funkwinkler.

Seit längerer Zeit bemüht sich die Berliner Funktunde, aus der Fülle der Operettenliteratur verborgene und vergessene Schätze zu heben. Leider war sie nicht immer vom Glück begünstigt. Der Name des Komponisten macht es nicht allein, denn auch ein Offenbach und Suppé haben im Hinblick auf eine gute Besetzungsumgebung hin und wieder Belanglosigkeiten geschrieben. Mit Willköders „Der Viceadmiral“ verhält es sich dagegen anders, da der Komponist des „Viceadmiral“ hier ein Werk geschaffen hat, das in musikalischer Beziehung jeden Vergleich mit den wohlrenommierten Operetten der älteren Zeit aushalten kann. Innerhalb des Rahmens einer gepflegten musikalischen Tradition einfallend Willköders einen wunderbaren Reichtum an Melodien. Beherrschung der Kompositionstechnik wie der Melodieführung könnte heute manch einem modernen Komponisten als Vorbild dienen. Warum der „Viceadmiral“ in der Besetzung verschwunden war, bleibt ein Rätsel. Jedemfalls ist es ein Verdienst der Funktunde, dieses Werk in sehr guter Besetzung dem Publikum vorgesetzt zu haben. — In später Abendstunde spricht Alfred Rühr über das Thema: „Erst leben, dann auf-schreiben“. Es ist eine lebenswürdige und harmlose Blaudette in sehr guter sprachlicher Formulierung, die sich mit dem Problem der schriftstellerischen Gestaltung befaßt. Im Grunde wird die Vorfahrung erörtert, daß nur derjenige schreiben kann, der auch äußerliche oder innerliche Erlebnisse hinter sich hat. Aber dies allein ist nicht entscheidend, und hier peroriert Alfred Rühr. Man darf nicht nur den Schriftsteller als ein selbsterwertiges Opfer, sondern muß ihn auch als kämpferische Persönlichkeit ansehen. Rührs Vortrag bewegt sich allein in gut bürgerlichen Bahnen.

F. Sch.

haben sich alle um 15 Uhr im Teutler Ködichen Jugendheim ein. Unterhaltung, Fortübungen usw.
Beide abends im Besten der Kolonialstraßen, außerdem Land-jugend in Bülow Parkpunkt 20 Uhr Bahnhof Charlottenburg oder morgen 3 Uhr ebenfalls Bahnhof Charlottenburg, Teilnahme in Pflicht.

# Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Arde Reinken. Morgen, Sonntag, 16. November, um 12 Uhr treffen alle Gruppen am Wilhelmshof etc. ein. Die Gruppen treffen sich wie folgt: 7 1/2 Uhr am Aufst. Quelle um 8 Uhr Bahnhof Germania-straße, Hochhäuser und Einarbeit. um 8 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 9 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 10 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 11 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 12 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 13 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 14 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 15 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 16 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 17 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 18 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 19 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 20 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 21 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 22 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 23 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 24 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 25 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 26 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 27 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 28 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 29 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 30 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 31 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 32 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 33 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 34 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 35 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 36 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 37 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 38 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 39 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 40 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 41 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 42 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 43 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 44 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 45 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 46 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 47 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 48 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 49 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 50 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 51 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 52 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 53 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 54 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 55 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 56 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 57 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 58 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 59 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 60 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 61 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 62 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 63 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 64 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 65 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 66 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 67 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 68 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 69 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 70 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 71 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 72 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 73 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 74 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 75 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 76 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 77 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 78 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 79 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 80 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 81 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 82 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 83 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 84 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 85 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 86 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 87 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 88 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 89 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 90 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 91 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 92 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 93 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 94 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 95 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 96 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 97 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 98 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 99 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 100 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 101 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 102 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 103 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 104 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 105 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 106 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 107 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 108 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 109 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 110 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 111 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 112 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 113 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 114 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 115 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 116 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 117 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 118 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 119 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 120 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 121 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 122 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 123 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 124 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 125 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 126 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 127 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 128 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 129 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 130 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 131 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 132 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 133 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 134 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 135 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 136 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 137 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 138 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 139 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 140 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 141 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 142 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 143 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 144 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 145 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 146 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 147 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 148 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 149 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 150 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 151 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 152 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 153 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 154 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 155 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 156 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 157 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 158 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 159 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 160 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 161 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 162 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 163 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 164 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 165 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 166 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 167 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 168 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 169 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 170 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 171 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 172 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 173 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 174 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 175 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 176 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 177 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 178 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 179 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 180 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 181 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 182 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 183 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 184 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 185 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 186 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 187 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 188 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 189 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 190 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 191 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 192 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 193 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 194 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 195 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 196 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 197 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 198 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 199 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 200 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 201 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 202 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 203 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 204 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 205 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 206 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 207 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 208 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 209 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 210 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 211 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 212 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 213 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 214 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 215 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 216 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 217 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 218 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 219 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 220 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 221 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 222 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 223 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 224 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 225 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 226 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 227 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 228 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 229 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 230 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 231 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 232 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 233 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 234 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 235 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 236 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 237 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 238 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 239 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 240 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 241 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 242 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 243 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 244 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 245 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 246 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 247 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 248 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 249 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 250 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 251 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 252 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 253 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 254 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 255 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 256 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 257 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 258 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 259 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 260 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 261 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 262 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 263 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 264 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 265 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 266 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 267 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 268 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 269 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 270 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 271 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 272 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 273 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 274 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 275 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 276 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 277 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 278 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 279 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 280 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 281 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 282 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 283 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 284 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 285 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 286 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 287 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 288 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 289 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 290 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 291 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 292 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 293 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 294 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 295 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 296 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 297 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 298 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 299 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 300 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 301 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 302 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 303 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 304 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 305 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 306 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 307 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 308 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 309 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 310 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 311 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 312 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 313 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 314 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 315 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 316 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 317 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 318 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 319 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 320 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 321 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 322 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 323 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 324 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 325 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 326 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 327 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 328 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 329 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 330 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 331 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 332 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 333 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 334 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 335 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 336 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 337 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 338 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 339 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 340 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 341 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 342 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 343 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 344 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 345 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 346 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 347 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 348 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 349 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 350 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 351 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 352 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 353 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 354 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 355 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 356 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 357 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 358 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 359 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 360 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 361 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 362 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 363 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 364 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 365 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 366 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 367 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 368 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 369 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 370 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 371 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 372 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 373 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 374 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 375 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 376 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 377 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 378 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 379 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 380 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 381 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 382 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 383 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 384 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 385 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 386 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 387 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 388 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 389 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 390 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 391 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 392 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 393 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 394 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 395 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 396 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 397 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 398 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 399 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 400 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 401 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 402 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 403 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 404 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 405 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 406 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 407 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 408 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 409 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 410 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 411 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 412 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 413 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 414 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 415 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 416 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 417 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 418 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 419 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 420 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 421 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 422 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 423 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 424 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 425 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 426 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 427 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 428 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 429 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 430 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 431 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 432 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 433 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 434 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 435 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 436 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 437 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 438 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 439 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 440 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 441 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 442 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 443 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 444 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 445 1/2 Uhr Bahnhof Kesself. Ende um 44

# Schluß mit dem Lohnabbau!

Antinationale Wirtschaftspolitik.

Mit dem verbindlich erklärten Schiedspruch für Nordwest sind es an. Natürlich! Wenn es gegen die Arbeiter geht, dann haben die Schwerindustriellen immer die Führung.

Der zweite große Schlag erfolgte durch den Verband Berliner Metallindustrieller. Auch das ist nicht überraschend.

Dort 7½, hier 8 Proz. Lohnabbau. Und nun geht der Lohnabbau von allen Seiten los. Auch den Beamten, von denen viele sich gern von der Arbeiterklasse distanzieren. Soll Mergemacht werden, wo sie hingehören: Auch ihre Gehälter sollen um 6 Proz. gekürzt werden.

Warum dieser allgemeine Angriff auf den jetzt schon ungenügenden Lebensstandard der Arbeiterklasse?

Weil man damit die Arbeitslosigkeit beseitigen, mindestens erheblich einschränken will. So sagt man. Reichsregierung und Unternehmer glauben aber selbst nicht an dieses Argument.

Wir haben Ende Oktober 3¼ Millionen Arbeitslose gehabt. Die Reichsregierung sowie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung rechnen aber keineswegs mit einer Abnahme, sondern mit einer sprunghaften Zunahme der Arbeitslosigkeit. Man rechnet damit, daß bis Ende Februar die Zahl der Arbeitslosen mehr als vier Millionen betragen wird. Entweder diese Rechnung stimmt

und dann ist der Vorwand zum Lohnraub eine Lüge

oder sie stimmt nicht — und dann rechtfertigt sich der Lohnraub an den Beamten erst recht nicht.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Rechnung noch zu optimistisch ist und daß gerade infolge des staatlich geförderten Lohnabbaus die Zahl der Arbeitslosen in diesem Winter sicher an

4½ Millionen heranreichen wird. Am schlimmsten aber ist, daß durch den Lohnabbau die Behebung der Wirtschaftskrise noch weiter verzögert wird.

Freilich werden schließlich dann die Preise, besonders der Fertigwaren, um so stärker purzeln. Aber das ist kein Trost. Deutschland muß einen wesentlichen Teil seiner Fertigfabrikate ausführen.

Wir zahlen mit den Fertigfabrikaten die Reparationen, die Rohstoffe und die Lebensmittel,

die wir einführen müssen. Unsere Industriearbeiter werden aber heute schon niedriger bezahlt als in den moogebenden Industrieländern, also unter dem Westmarktlöhne.

Wenn dieser Lohn noch weiter gedrückt wird, so bedeutet das eine Selbstentwertung unseres internationalen Zahlungsmittels.

Je tiefer die deutschen Löhne sinken, desto mehr müssen wir Reparationen zahlen,

desto weniger können wir von dem Sinken der Rohstoffpreise profitieren.

Das Sinken der Rohstoffpreise war für ein Land der Verdichtungsarbeit wie Deutschland eine große Chance. Die stupide Lohnpolitik der deutschen Unternehmer schlägt diese Chance aus. Die Reichsregierung unterstützt noch diese antinationale Politik, die sich sowohl gegen die deutschen Arbeiter wie gegen die deutsche Gesamtwirtschaft richtet.

Damit muß endlich Schluß gemacht werden! Wenn die Reichsregierung, wenn die Schlichtungsinstanzen der Arbeitslosen erliegen, so muß die Öffentlichkeit aufgerufen werden gegen diese wirtschaftliche Selbstverstümmelung.

## Verrückter Schiedspruch.

Gemeingefährliche Wirkung der Lohnabbaupolitik.

Am Donnerstag wurde im Streit der Bau- und Geldschrankschlosser ein Schiedspruch gefällt, der in seinem Abschnitt über die Lohngestaltung folgenden Wortlaut hat:

„Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an gilt das folgende: Das bisherige Lohnabkommen wird wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die Bestimmung: „Wo bisher schon höhere Löhne als die tariflichen gezahlt wurden, wird die gleiche Differenz auf den neuen Tariflohn weitergezahlt. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.“ in Fortfall kommt.“

Vom 1. Januar 1931 an ermäßigen sich die tariflichen Stundenlöhne in der Geldschrankschlosserindustrie, auch die Akkorde, um 3 Prozent.

Dieses Abkommen gilt bis zum 30. Juni 1931. Es verlängert sich um jeweils sechs Monate, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf mittels schriftlicher Erklärung gekündigt wird.

Sinkt während der Vertragsdauer die Lebensindexziffer (Lebenshaltungskosten) eines Monats unter 140, so ermäßigen sich die bisherigen Löhne und Akkorde von der ersten Lohnwoche des nächsten Monats um 6 Proz. Erklärungsfrist 18. November 1930.“

Dieser Schiedspruch ist einfach verrückt. Der Lebensindex der Lebenshaltungskosten stand Oktober auf 145,4. Ein Sinken auf 140 bedeutet eine Abnahme der Lebenshaltungskosten um vier Prozent. Der Schiedspruch diktiert aber einen Lohnabbau formell um neun Prozent. In Wirklichkeit um 15 bis 20 Proz., denn er streicht auch die Besserungsklausel im Tarif. Der Mindestlohn wird dadurch zum Höchstlohn. Auch aus der sonstigen Fassung des Schiedspruchs geht hervor, daß sein Verfasser bei der Abfassung nicht das geistige Gleichgewicht besaß.

In seiner allgemeinen Fassung spricht der Schiedspruch zwar von der Nichtzulässigkeit von Lohnregelungen anlässlich des Streiks bzw. der Aussperrung, macht aber die Wiedereinstellung abhängig von „der gegebenen Beschäftigungsmöglichkeit“.

Dieser Schiedspruch ist aber auch deswegen eine Ungeheuerlichkeit, weil er einer fast reiflos organisierten und seit fünf Wochen im Abwehrkampf stehenden Arbeiterschaft einen beispiellosen Abbau der Tariflöhne und Akkorde auferlegen will.

Gar nicht in Rechnung stellt der Schiedspruch die Tatsache, daß bereits 32 Firmen, darunter auch Großbetriebe, nicht nur ihre Lohnabbauabsichten preisgegeben, sondern darüber hinaus noch Lohn erhöhungen von durchschnittlich 10 Pfennig je Stunde bewilligt haben.

Die Branchenkommission und die Funktionäre der Bau- und Geldschrankschlosser haben diesen Schiedspruch einstimmig ab-

gelehnt. Die zum Bersten überfüllte Branchenversammlung der Bau- und Geldschrankschlosser, die gestern abend in den Prachtzälen am Märchenbrunnen stattfand und über diese Entscheidung des Schlichtungsausschusses hell empört war, lehnte es einstimmig ab, über den Schiedspruch überhaupt zu diskutieren.

Heute wird entsprechend den statutarischen Bestimmungen in allen Bezirksstempelstellen eine geheime Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs vorgenommen. An der Abstimmung beteiligen sich nur die Bau- und Geldschrankschlosser, die noch im Streit stehen, weil ihre Forderungen von ihren Unternehmern nicht anerkannt worden sind.

Das Abstimmungsergebnis muß bis heute, Sonnabend, 14 Uhr, der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes übermittelt werden, da zur gleichen Zeit im Verbandshaus der Metallarbeiter in der Einienstraße eine Funktionärkonferenz zum Abstimmungsergebnis Stellung nehmen muß.

Es steht außer Zweifel, daß die straff organisierte Bau- und Geldschrankschlosserbranche den Schiedspruch mit erbitterter Mehrheit ablehnen wird.

## Vierzig Jahre.

Die Vergangenheit weist den Weg in die Zukunft.

Am 16. November 1890 trat in Berlin eine Konferenz der deutschen Gewerkschaften zusammen, die zur Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands geführt hat. Damit können wir das vierzigjährige Jubiläum der freigewerkschaftlichen Organisation unter einheitlicher Leitung feiern.

Die Gewerkschaften befanden sich damals am Ausgang des Sozialistengesetzes noch in einem Zustande der Schwäche und der Zersplitterung. Die Auffassungen über die Form, die die Gewerkschaften anzunehmen hätten, waren gleichfalls noch sehr geteilt. Die Generalkommission, die im Jahre 1919 in den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund umgewandelt worden ist, erhielt die Aufgabe, die Gewerkschaftsorganisationen gegen die Angriffe der Unternehmer zu unterstützen. Die Mittel dazu sollten von den Gewerkschaften aufgebracht werden. Die Kommission hatte weiter die Aufgabe, einen Gewerkschaftskongress einzuberufen. Die Kommission sollte auch die schwachen Organisationen unterstützen

und die Agitation überall da betreiben, wo noch keine Organisationen bestanden.

In die Generalkommission wurden gewählt Begien, von Elm, Damann, Klotz, Theodor Schwarz, Glöck und Frau Thier. Von diesen befindet sich nur noch unser Genosse Glöck, der Geschäftsführer des „Vorwärts“, unter den Lebenden.

Der Boden, den die Generalkommission zu bearbeiten hatte, war noch sehr steinig. Nur etwa 300 000 Arbeiter waren in den verschiedensten Verbänden und Vokalvereinen organisiert. Aus diesen kleinen Anfängen ist es in schwerer Arbeit gelungen, die große gewaltige Organisation aufzubauen, die heute rund 5 Millionen Mitglieder umfaßt.

Dieser Fortschritt konnte nur erzielt, diese Arbeit konnte nur geleistet werden im ständigen geistigen Ringen und im beständigen harten Kampf gegen alle Angriffe von außen. Der Rückblick auf den Weg, den die Gewerkschaften Deutschlands in diesen vierzig Jahren zurückgelegt haben, mahnt uns, auch in der Zukunft alle inneren Meinungsverschiedenheiten in kameradschaftlicher Weise auszutragen, damit wir stark bleiben gegen die äußeren Feinde.

Das Unternehmertum ist jetzt daran, den Lebensstandard der Arbeiterschaft mit Hilfe staatlicher Machtmittel herabzudrücken. Um so notwendiger ist es, die Einheit der Organisation zu erhalten und zu verteidigen, um stark zu bleiben in der Verteidigung wie im Angriff. Wenn heute die Kommunistische Partei auf Anordnung von Moskau den Versuch unternimmt, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu zerbrechen, so ist es um so mehr die Pflicht aller Gewerkschaftsmitglieder, die so teuer errungene Einheit zu verteidigen.

## Fünf-Tage-Woche im Gastwirtsgewerbe

Die Gastwirtsgehilfen während der Krise.

Die vollzählig besuchte Delegierten-Generalsversammlung am Donnerstagabend im Hadeschen Hof hörte zunächst den Bericht des 1. Bevollmächtigten, Genossen Saar über die Tätigkeit des Zweigvereins Berlin im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten im 3. Quartal 1930. Es ist ohne weiteres verständlich, daß die wirtschaftliche Krise auch am Gastwirtsgewerbe nicht spurlos vorübergeht. Es ist daher besonders erfreulich, daß es dem Verband in vielen Fällen gelungen ist, zur Vermeidung von Personalabbau die Fünf-Tage-Woche einzuführen. Diese Form der Kurzarbeit wurde besonders aus dem Grunde gewählt, weil es bei Stundenweiser Verkürzung der Arbeitszeit gewissen Direktoren und anderem Aufsichtspersonal sonst doch möglich sein würde, dem Personal im Interesse des Unternehmens doch wieder eine halbe Stunde Freiheit abzugewinnen. Durch die Einführung der Fünf-Tage-Woche ist eine bessere Kontrolle möglich.

Auch von den besonderen Bemühungen und materiellen Opfern, die namentlich die besoldeten Funktionäre des Verbandes im Interesse der arbeitslosen und ausgefallenen Verbandsmitglieder zu bringen bereit sind, nahm die Versammlung zustimmend Kenntnis. Desgleichen wurden die internen organisatorischen Maßnahmen dem Beschlusse des Vorstandes entsprechend gutgeheißen, die dadurch erforderlich geworden sind, daß Genosse Saar die Stelle des am 1. Januar 1931 infolge Erreichung der Altersgrenze ausscheidenden Verbandsvorsitzenden Sträßlinger übernimmt.

## Behebung der Wirtschaftskrise.

Amerikanische Methoden.

Während man in Deutschland die Wirtschaftskrise durch Lohnherabsetzungen und damit durch weitere Schwächung der insolge der kolossalen Arbeitslosigkeit ohnehin gelähmten Kaufkraft beheben will, sucht man in Amerika der Krise auf andere Weise beizukommen. Darüber ist näheres zu lesen in der Zeitschrift „Literary Digest“ vom 8. November 1930. Dort werden eine Reihe Schlagworte zitiert, die zurzeit in den Vereinigten Staaten durch Plakate und Zerkungen stark verbreitet werden.

Ein solches Wort heißt: „A dime a day keeps depression away.“ Ein „dime“ ist eine 10-Cent-Münze, also 40 Pf., oder in deutscher Kaufkraft ausgedrückt 20 Pf. Verdeutschlicht hieße also dieses Schlagwort: „Gib täglich 20 Pf. mehr aus, dann ist die Krise überwunden.“

Ein anderes Wort: „Kaufe jetzt, zur Steigerung der Prosperität.“

Ein weiteres Wort: „Wissen Sie, daß, wenn jeder Lohnbezieher 15 Cents täglich (60 Pf.) mehr ausgibt, es dann möglich wäre, eine Million Arbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen?“

Und noch ein Schlagwort: „Der Unterschied zwischen Prosperität und Zeit der Not beträgt einen Dollar pro Kopf und Woche.“

„Arbeitslose Dollar machen arbeitslose Menschen“ ist ein weiteres dieser Schlagworte. Eine Reihe Industrieführer sind gefragt worden, wie sie sich zu

In der Zeit der Sparmassnahmen

ist die Qualität und der Preis ausschlaggebend. Tadellose Verarbeitung, guter Sitz und große Preiswürdigkeit kennzeichnen



# SALAMANDER

KAUFEN SIE AUCH NOCH DIE PASSENDEN STRÜMPFE UND ÜBERSCHUHE





Konsumvereine trotzen der Krise.

Starker Mitgliederzugang in ganz Deutschland.

Die vom Zentralverband deutscher Konsumvereine veröffentlichte Erhebung über das dritte Vierteljahr 1930 beweist eine starke Widerstandskraft der Konsumgenossenschaften gegenüber der Wirtschaftskrise.

Table with 3 columns: 3. Vierteljahr 1930, 2. Vierteljahr 1930, 3. Vierteljahr 1929. Rows include Mitgliederbestand, Vierteljahrsumlage, Umsatz der Groß-einkaufsgesellsh., Umsatz der Herstellungsbetriebe, and Spareinkaufsgel.

Bei dem Anwachsen der Mitgliederzahlen muß berücksichtigt werden, daß die Vereine die sogenannten Papierfiktoren schonungslos ausgeschlossen haben.

Die Eigenbetriebsmittel der Konsumgenossenschaften sind sowohl zahlenmäßig als auch im Verhältnis zum Umsatz geiegen. Die Geschäftsguthaben vermehrten sich von 61,96 auf 62,57 Millionen Mark.

Der neue Zementblock.

Interessengemeinschaft des schlesischen und süddeutschen Zement-Konzerns.

Die beiden kapitalstärksten Zementkonzerne in Deutschland, die Schlesische Portland Zementfabriken A.-G. in Opole und die süddeutsche Gruppe Portland Zementwerke Heidelberg-Rannheim, Stuttgart A.-G. haben jetzt eine Interessengemeinschaft abgeschlossen.

Die Hintergründe dieser bedeutenden Aktion sind in den immer schärfer auftretenden Krisenwirkungen, die das Fundament der Zementindustrie erschüttert haben, zu suchen.

Vorstoß der Kupferkönige.

Drosselung der Produktion beschlossen

Das amerikanische Kupferkartell, das in den letzten beiden Jahren mit seiner Politik völligen Scheiterns erlitten hat, hofft jetzt zu einem neuen Stoß aus.

Diese Maßnahme hat ihre Wirkung auf die Kupferpreise natürlich nicht verfehlt. Nachdem seit März 1929 der Kupferpreis ununterbrochen von 24% bis auf 8,5 Cent je Pfund gesunken war und damit den tiefsten Stand in diesem Jahrhundert erreicht hatte, sind die Preise in den letzten beiden Tagen auf 10,3 Cent gestiegen.

Reichswirtschaftsrat gegen Eisenherren.

Die Preisentlungsgutachten für die Reichsregierung fertiggestellt.

Der Reichswirtschaftsrat hat die von der Reichsregierung am 22. August verlangten Gutachten zur Preisentlung bei Kartellen und in der Markenartikelfrage fertiggestellt.

Die Beschlüsse zur Preisbildung der Kartelle.

Dem Auftrag der Reichsregierung hat der Reichswirtschaftsrat im einzelnen durch folgende Beschlüsse entsprochen:

Für die Kartell- und Mischkartellwirtschaft wurde einstimmig festgestellt, daß hier die Anwendung der Kartellnotverordnung nicht geboten sei, nachdem von einer Aufhebung der freien Konkurrenz durch die Preispolitik der Kartelle nicht gesprochen werden könne.

Bei der Ziegellandwirtschaft wurde von derselben Voraussetzung ausgegangen. Es wird einstimmig empfohlen, überall da, wo lokale Kartelle durch Ausübung der Fruchtfolge eine Ausnahmestellung einnehmen und wo die Listenpreise unterboten werden, Verhandlungen einzuleiten und nötigenfalls auf Grund der Kartellnotverordnung einzuschreiten.

Für die Zementwirtschaft wird festgestellt, daß die früheren Preise der Zementkartelle überhöht und nicht zu rechtfertigen waren. Eine Preispolitik, die im wesentlichen auf die Außenweltberücksichtigung abgestellt ist, wird für bedenklich erklärt.

Für die Tapetenindustrie wurde einstimmig beschlossen, der Reichsregierung zu empfehlen, den Preisdruck im Handel aufzuheben (ist inzwischen erfolgt).

Gegen die Ueberorganisation im Bergbau.

Zur Stein- und Braunkohlewirtschaft verlangt der Reichswirtschaftsrat, daß die angekündigte sechszehnzehnte Preisentlung zu einer Senkung des gesamten Preisniveaus und damit auch der Herstellungskosten führen müsse.

Auch auf eine Ermäßigung der Kleinhandelspreise soll die Reichsregierung hinwirken; wo der Erfolg ausbleibt, soll auf Grund der Kartellnotverordnung eingegriffen werden.

Scharfe Beurteilung der Eisenpreispolitik.

Für die Eisenwirtschaft, die ja im Mittelpunkt der Preisentlungsbewegungen steht, sind die Erhebungen nicht abgeschlossen.

mit Hilfe seiner Drosselungspolitik die Preise wieder bis auf etwa 13 Cent heraufzusetzen. Eine andere Frage ist, wie lange das Kartell die Minenbesitzer und besonders die Lohnhütten bei der Stange halten kann.

„Wer billig ist, wird bestraft.“

Zur Lage des Zigarettenhandels.

Wir haben gestern scharf kritisiert, daß ein Händler, der Zigaretten unter den Richtpreisen verkaufte, deshalb bestraft wurde.

Die Lage besonders der kleinen und kleinsten Händler ist im Gefolge der Krise zweifellos erschwert worden, so daß der verringerte Umsatz trotz der äußerlich reichlich scheinenden Spanne, zusammen mit den erhöhten Ladenumfängen vielen Kleinhändlern kaum mehr als das Existenzminimum sichert.

In solchen Fällen aber wird es auch an den Händlern liegen, den Nachweis dafür zu führen, daß die kartellfindende Preisunterbrechung tatsächlich unmoralisch ist.

erklärt und die Reichsregierung ersucht, auf Beschleunigung dieser Preisentlung hinzuwirken, weil eine Ermäßigung der gesamten Produktionskosten der deutschen Wirtschaft nur möglich sei, wenn gleichzeitig von allen Seiten, in erster Linie von Seiten der wichtigsten Rohstoffherzeuger, Preisermäßigungen vorgenommen werden.

Sichtlichlich der Markenartikel

hat sich die Auffassung im Reichswirtschaftsrat durchgesetzt, daß eine allgemeine Aufhebung des Preisdruckes Bedenken habe und daß man mit einer allgemeinen Aufhebung der Preisbindungen nicht nur die Unvernünftigen, die einer Preisherabsetzung Widerstand leisten, treffen würde, sondern auch einschlägige Kreise, die der Preisentlungspolitik positiv gegenüberstehen.

Nach dem Gutachten des Reichswirtschaftsrates soll die Reichsregierung den Verbänden der Erzeuger und Händler kurze Fristen setzen, nach deren Ablauf die Preisentlung in ausreißendem Maße auf diesen Gebieten gesätet sein muß.

Gegen den dritten Absatz dieser Markenartikelentscheidung haben die 10 Unternehmervertreter und 6 Vertreter aus der sogenannten Gruppe der Verbraucher gestimmt.

Der von den Unternehmern abgelehnte Abschnitt belagt, daß dort, wo sich das oben erwähnte Verfahren für die Preisentlung als nicht genügend wirksam oder als praktisch un durchführbar erweist, der Reichswirtschaftsrat die allgemeine Aufhebung der Preisbindung für Markenartikel empfehlen müsse.

Wenn zu den Vollmachten der Reichsregierung noch Gutachten nötig wären, so kann die Reichsregierung jetzt besonders auf dem Gebiet der Kohle, des Eisens und der Baustoffe handeln.

Einzelhandel und Preisabbau.

Die Stellungnahme der Hauptgemeinschaft.

Die Fragen des Preisabbaus und der Gewinnspanne im Einzelhandel standen gestern in einer von der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels veranstalteten Besprechung zur Debatte.

Wie nicht anders zu erwarten war, stellten sämtliche Redner die Behauptung auf, daß in den verschiedensten Zweigen des Einzelhandels seit einem Jahr ganz bedeutende Preisentlungen eingetreten seien.

Maschinenbau weiter ungünstig.

Nach dem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten erfuhr die Geschäftslage im Oktober eine weitere Verschlechterung.

